

Brügge 1919-1933

Ein Dorf auf dem Weg in den Nationalsozialismus

Von Uwe Fentsahm

Der Weg in den Nationalsozialismus (vor 1930)

-

Die Zeit des Nationalsozialismus beginnt in Brügge spätestens im Jahre 1930, da die NSDAP als Partei bei den Reichstagswahlen von 1930 in unserer Gemeinde zum ersten Mal die meisten Stimmen bekommen hat und diese Position dann dauerhaft festigen und ausbauen konnte. Die Brügger waren ihrer Zeit in dieser Hinsicht etwas voraus und haben auch in den Vorjahren ein recht eigenwilliges, meistens nicht den reichsweiten Trends entsprechendes Wahlverhalten an den Tag gelegt: Bei den ersten Reichstagswahlen von 1920, die in der Provinz Schleswig-Holstein (aufgrund der Volksabstimmung im Landesteil Schleswig und der damit verbundenen Änderung des Grenzverlaufs zu Dänemark) erst im Jahre 1921 stattfanden, gab knapp die Hälfte der 310 Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der Deutschnationalen Volkspartei. Die DNVP verpasste mit 49,4% der Stimmen in Brügge nur knapp die absolute Mehrheit. Reichsweit hatte sie nur einen Stimmenanteil von 15,1% erhalten.

Dieses Ergebnis muss nachdenklich stimmen, denn bei der DNVP handelte es sich um ein Sammelbecken der extrem konservativen und teilweise monarchistisch gesinnten Kräfte. Diese Partei stand nicht uneingeschränkt auf dem Boden der Weimarer Verfassung und hatte ein recht gespaltenes Verhältnis zur Demokratie, zum Parlamentarismus und zur Republik als Staatsform. Das hinderte die Wähler in Brügge aber nicht daran, dieser Partei auch bei den nächsten drei Reichstagswahlen die meisten Stimmen

zu geben: 1924(I) waren es 36,3%, 1924(II) wieder 43,3% und 1928 sogar 43,9%. Über die DNVP konnten die Einwohner Brügges sich 1925 aus erster Hand informieren, denn im Dezember des Jahres fand in Brüggerholz eine öffentliche Versammlung dieser Partei statt. Der Redner machte deutlich, dass die Deutschnationalen eine Politik der Totalverweigerung gegenüber der demokratisch verfassten Weimarer Republik betrieben und gegen alles waren, was deren führende Politiker in die Wege geleitet hatten: Der Vertrag von Locarno wurde ganz entschieden abgelehnt, da Deutschlands „Schuld am Kriege“ weiterhin gelte und „geraubtes deutsches Land“ von den Siegern nicht zurückgegeben werde. Die „vertragswidrige Militärkontrolle“ bleibe erhalten und es bestehe immer noch die Gefahr, dass Deutschland „seine Kriegshelden feindlichen Gerichten“ ausliefern muss. Das Land werde gezwungen, in den Völkerbund einzutreten, ohne „daß uns eine Gleichberechtigung zugebilligt wird“. Die Abrüstung sei einseitig auf Deutschland beschränkt, während die französische Armee hier ihr „Aufmarsch- und Etappengebiet“ erhalte. Außerdem könne das Reich den Vertrag niemals kündigen.^[i] Dass der von Außenminister Gustav Stresemann (DVP) ausgehandelte Vertrag die Chance zur dauerhaften Aussöhnung mit den europäischen Westmächten bot, wurde nicht gesehen bzw. geleugnet. Deutschland war aber 1925 auf dem Wege, seine außenpolitische Isolierung zu durchbrechen und allmählich wieder zu einem gleichberechtigten Partner in Europa zu werden.

Die SPD, die 1918/19 Regierungsverantwortung übernommen hatte und zusammen mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem Zentrum (Z) die staatstragende „Weimarer Koalition“ bildete, konnte ihr gutes Ergebnis von 1919 (bei den Wahlen zur Nationalversammlung 37,9%) im Jahre 1920 bei weitem nicht bestätigen. Sie blieb aber mit 21,6% stärkste Fraktion im Reichstag. In Brügge genossen die Sozialdemokraten nur das Vertrauen von 61 stimmberechtigten Einwohnern und wurden damit 1921 zweitstärkste Partei. Diese Position konnte bei fast allen weiteren Reichstagswahlen behauptet werden. Es hatte sich eine sozialdemokratische Stammwählerschaft herausgebildet, die durchschnittlich 60 Personen umfasste.^[ii] Lediglich im Mai 1924 reichten die 51 SPD-Stimmen nicht aus, um zweitstärkste Partei zu werden. Diese Position nahm damals der Völkisch-Soziale Block (VSB) ein, hinter dem sich die damals verbotene NSDAP verbarg.

Der VSB erhielt in Brügge 80 Stimmen und brachte es hier zusammen mit der DNVP auf einen Stimmenanteil von 66,8%. Reichsweit erzielten diese beiden antidemokratischen Parteien im Mai 1924 nur 26% der Stimmen. Das überraschend gute Ergebnis des VSB lässt sich u.a. dadurch erklären, dass die Partei sich im Wahlkampf in Brügge vorgestellt hatte. Der Holsteinische Courier kündigte am 12.März 1924 eine entsprechende Veranstaltung an: „Zum ersten Mal tritt der Völkisch-soziale Block auf den Kampfplatz. Am Freitag abend spricht hier der 1. Vorsitzende der Kieler Ortsgruppe der Völkischen über das Thema: 'Die Internationale und wir'. Da die Ziele dieser Partei, die bei den letzten Wahlen in Mecklenburg und Thüringen schon bedeutende Erfolge erzielte, hier noch wenig bekannt sind, darf mit einem starken Besuch gerechnet werden.“

Die kontinuierlich guten Wahlergebnisse der DNVP in Brügge lassen den Schluss zu, dass die extrem rechte Programmatik dieser Partei zur damaligen Zeit tatsächlich der politischen Grundhaltung vieler Bürger im Ort entsprach. Mit wirtschaftlichen Ursachen kann dieses Abstimmungsverhalten eigentlich nicht erklärt werden. So war die allgemeine Konjunkturlage 1927/28 im Deutschen Reich nicht schlecht^[iii] und die Zahl der Arbeitslosen bewegte sich in diesem Zeitraum stetig nach unten.^[iv] Vielleicht sind die großen Sympathien für die DNVP bei den Brügger Wählern darauf zurückzuführen, dass diese Partei sich als Interessenvertretung der Landwirtschaft verstand: Als Regierungspartei hatte sich die DNVP 1925 und 1927 erfolgreich für die Einführung und mehrfache Erhöhung von Schutzzöllen für landwirtschaftliche Produkte eingesetzt. Dies betraf insbesondere Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch. Trotzdem sind die Preise für Schweinefleisch 1927 in erheblichem Umfang gesunken.^[v] Der Historiker Peter Wulf hat darauf hingewiesen, dass die Ernte in diesem Jahr aufgrund langer Regenperioden schlecht ausgefallen sei. Er spricht auch von einer „Notlage der Landwirtschaft“, die zu „äußerster Zurückhaltung in der Auftragserteilung und infolge von Geldmangel zu großen Außenständen“ geführt habe.^[vi] In Brügge ist diese Entwicklung offensichtlich nicht so deutlich zum Tragen gekommen. Es hat nur wenige landwirtschaftliche Hofbesitzer gegeben, die sich übermäßig verschuldet haben. Der nationalsozialistische Staat bot diesen in Bedrängnis geratenen Bauern und Landwirten 1933/34 mit der Durchführung eines Entschuldungsverfahrens seine Hilfe an (siehe dazu den Abschnitt Die „verhetzte Jugend“ (1934)). Dass

der Anteil der DNVP-Wähler in einigen der umliegenden Dörfer zeitweise noch wesentlich höher war als in Brügge, kann nicht ernsthaft zur Relativierung des vorstehenden Ergebnisses herangezogen werden.

Von den Arbeiterparteien konnte nur die SPD in Ansätzen das Vertrauen der Dorfbewohner erlangen. Die KPD erhielt bei den Wahlen von 1924 und 1928 jeweils nur eine Stimme. Anders war es bei den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) im Jahre 1921. Diese Partei wurde von 44 Stimmberechtigten gewählt, das bedeutete immerhin einen Stimmenanteil von 14,2%. Als Ursache für diesen ungewöhnlichen Wahlerfolg einer links von der SPD angesiedelten Partei ist die Person des ortsansässigen Zimmermanns Fritz Pingel (Sandberg 8) zu nennen. Leider wissen wir bisher nur sehr wenig über diesen engagierten Handwerker. Er kandidierte 1919 auf der schleswig-holsteinischen USPD-Liste für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung. 1920/21 war er Kandidat der USPD für die Wahlen zum ersten Reichstag. Ein Mandat hat er aber nicht erringen können.[\[vii\]](#) Deshalb wurde er kommunalpolitisch aktiv und zog 1924 in den Gemeinderat ein.

Tabellarische Übersicht zu den (Reichstags-) Wahlergebnissen in Brügge

	Stimmen	Stimmen	Wähler	Anteil (%)	Anteil (%)
1919	SHBLD	SPD		SHBLD	SPD
	112	97	298	37,6	32,6
1921	DNVP	MSPD		DNVP	MSPD
	153	61	310	49,3	19,7
1924 (I)	DNVP	VSB		DNVP	VSP
	95	80	262	36,3	30,5
1924 (I)	DNVP	SPD		DNVP	SPD
	103	67	238	43,3	28,2
1928	DNVP	SPD		DNVP	SPD
	107	73	244	43,9	29,9
1930	NSDAP	SPD		NSDAP	SPD
	97	62	264	36,7	23,5
1932 (I)	NSDAP	SPD		NSDAP	SPD
	243	55	314	77,4	17,5
1932 (II)	NSDAP	SPD		NSDAP	SPD
	210	65	295	71,2	22
1933	NSDAP	SPD		NSDAP	SPD
	239	44	303	78,9	14,5

Die Neuwahlen zur Gemeindevertretung hatten am 4. Mai 1924 (parallel mit den Reichstagswahlen) stattgefunden. Von der Liste der „Bürgerlichen“ waren 8 Vertreter gewählt worden, die „Sozialisten“ konnten nach Zeitungsangaben nur einen Vertreter entsenden.^[viii] Hierbei hat es sich um Fritz Pingel gehandelt. Im Protokollbuch der Gemeindevertretung wird er bis zum Juli 1925 als Sitzungsteilnehmer vermerkt. Sein Nachfolger wurde

bis zum Ende der Legislaturperiode der Arbeiter Claus Heesch. Pingel hatte sich in Wattenbek ein Haus gebaut (Brügger Chaussee 49) und war deshalb aus Brügge verzogen. Der Gemeindevorsteher Hinrich Reimers muss zur Fraktion der „Bürgerlichen“ hinzugerechnet werden. Er war bereits seit 1908 Bürgermeister in Brügge. Von den 10 Personen, die im Laufe der Jahre bis 1929 zur Fraktion der „Bürgerlichen“ gehört haben, sind mindestens 6 zu nennen, die sich später der NSDAP angeschlossen haben: Friedrich Bracker (Kätner), Otto Reimers (Hufner), Rudolf Gnutzmann (Hufner), Hans Kobrock (Arbeiter), Fritz Schwarze (Tischler) und Johannes Stoltenberg (Gastwirt).

Zu den Honoratioren im Dorfe wird man sicherlich auch Pastor Kardel und Lehrer Frandsen zählen müssen. Außer dem Bürgermeister und den Gemeindevertretern sind sie es gewesen, die maßgeblich zur (politischen) Meinungsbildung in der Öffentlichkeit beigetragen haben. Johannes Kardel war seit 1921 Pastor in Brügge und anscheinend kein so „politischer“ Pastor wie sein Nachfolger Karl Geist. Aber auch er konnte nicht darauf verzichten das Versailles-Syndrom der Bevölkerung zu bedienen. In der Kirchenchronik berichtete er zu den Ereignissen des Jahres 1929: „Am Freitag, dem 28. Juni, wurde abends um 8 Uhr in der Kirche eine gut besuchte Trauerfeier anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Versailler Diktats abgehalten.“ Auf die Bedeutung von „Versailles“ als Kampfmittel gegen die Republik, insbesondere in Schleswig-Holstein, hat der Historiker Rudolf Rietzler eindringlich hingewiesen.^[ix] Bereits im Jahre 1923 war es Pastor Kardel gelungen, den kriegsbedingten Verlust von zwei Bronzeglocken in der Kirche durch die Neuanschaffung einer Stahlglocke wenigstens teilweise zu kompensieren. Die 4 Millionen Mark teure Glocke wurde am 7. Oktober von Generalsuperintendent Mordhorst geweiht und ihrer Bestimmung übergeben. Als Inschrift waren folgende Worte gewählt worden: „Was der Krieg uns nahm, gabst du, o Herr, uns wieder. 1923. O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort.“^[x]



Johannes Kardel. Er war von 1921 bis 1929 Pastor in Brügge. Quelle: KA Brügge.

Seit 1908 war Sophus Frandsen nicht nur Lehrer der Dorfschule sondern auch Organist der Kirche. Zusammen mit dem jeweiligen Pastor hat er zahlreiche Veranstaltungen begleitet, die nicht nur kirchlichen Inhalts waren, wie die oben genannte „Versailles-Trauerfeier“ zeigt. Der 1879 in Stutebüll (Kreis Schleswig) geborene Frandsen war ein umtriebiger Zeitgenosse, dessen besonderes Interesse dem örtlichen „Kampfgenossen- und Militärverein“ galt. Bereits im Jahre 1926 wird er als 1. Vorsitzender dieses zum Kyffhäuserbund gehörenden Vereins erwähnt. Die jährliche Feier zum Tag der Gründung des Deutschen Kaiserreichs (18. Januar 1871) bildete offensichtlich einen der Höhepunkte im Vereinsleben. Im Jahre 1926 wurde

es auch als „Wintervergnügen“ bezeichnet: „Kamerad“ Frandsen begrüßte die Teilnehmer der Veranstaltung, „wies in seinen Ausführungen auf die Bedeutung des Reichsgründungstages hin und forderte mit ernstesten Worten alle Kameraden auf, trotz der augenblicklich so schwierigen Zustände treu festzuhalten am geliebten Vaterlande und stark zu bleiben im Rückblick auf die große, ruhmreiche Geschichte unseres Deutschlands. Er schloss mit einem begeisterten Hoch auf das deutsche Vaterland, und stehend sangen die Versammelten die erste Strophe des Deutschlandliedes“.^[xi] Und damit sollte natürlich an die durch den Versailler Vertrag verlorenen Territorien erinnert werden: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt; Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“

卐

Am Donnerstag, den 26. September 1929,
904 Uhr,
 findet in der „Fonnhalle“ eine große
öffentliche

Volkversammlung

statt. Es spricht der Lokomotivführer
 Dreher, W. v. A., zu dem Thema:

**„Ist die Wahrheit
 staatsfeindlich?“**

Unkostenbeitrag 50 S., Erwerblosige gegen
Ausweis 20 S.

Freie Aussprache! Freie Aussprache!
 Juden haben keinen Zutritt!
 Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei.
 Ortsgruppe Neumünster.

Ab 1929 machte die NSDAP in Mittelholstein mit Zeitungsnazeigen auf ihre zahlreichen Versammlungen aufmerksam. In dieser Annonce vom 25. September 1929 im Holsteinischen Courier wird öffentlich verkündet: „Juden haben keinen Zutritt“. Quelle: HC vom 25.09.1929.

Anfang September desselben Jahres fand das Sommerfest statt, bei dem unter den Männern ein König im Schießen und unter den Frauen eine Königin im Stechvogelwerfen ermittelt wurden. Der 1. Vorsitzende Sophus Frandsen hielt wiederum die Festansprache, „in der er insbesondere darauf hinwies, daß das höchste Ziel des Vereins, treue Kameradschaft zu pflegen, nicht aus dem Auge gelassen werden darf“. Und in mehreren Zeitungsartikeln wurde hervorgehoben, dass die Veranstaltungen des Militärvereins einen „vaterländischen Einschlag“ gehabt hätten.[xii] Leider hat es Lehrer Frandsen in der Folgezeit nicht vermieden, diese im Kern tugendhaften Ziele für die politischen Zwecke der Nationalsozialisten zu missbrauchen. Vor diesem Hintergrund muss es ebenfalls nachdenklich stimmen, wenn über das Kindervogelschießen in Brügge im Jahre 1927 berichtet wird: „Herr Lehrer Frandsen hatte einige anmutende Volkstänze einstudiert, die lobende Anerkennung fanden.“[xiii] Für „treue Dienste im Kriegsvereinswesen“ wurde er 1928 mit dem „Ehrenkreuz zweiter Klasse“ ausgezeichnet und 1929 ist er offensichtlich zum Kreisvereinsvorsitzenden des Kreiskriegerverbandes Bordesholm aufgestiegen.[xiv] Das Jahr 1929 war für Frandsen auch aus einem weiteren Grund ein sehr ereignisreiches: Er bewarb sich im November mit der „Einheitsliste Kreis Bordesholm“ um einen Sitz im neu zu bildenden Kreistag. Die „Einheitsliste“ war sehr erfolgreich bei den Wahlen und konnte als stärkste Fraktion 9 Abgeordnete entsenden. Sophus Frandsen war allerdings nicht unter ihnen, er hat nur auf Listenplatz 23 kandidiert.[xv]

Was lässt sich über die Sozialstruktur Brügges in der damaligen Zeit aussagen? Aufgrund der verschiedenen Volkszählungsergebnisse wissen wir, dass die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner über einen längeren Zeitraum konstant geblieben ist: 512 im Jahre 1919, 494 (1925), 485 (1933) und 495 im Jahre 1939. Das „Adressbuch für den Kreis Bordesholm“ verzeichnet darüber hinaus für das Jahr 1928 alle 132 Haushaltsvorstände mit den dazugehörigen Berufsangaben: Die Landwirtschaft lag mit 27,3% an erster Stelle. Dazu gehörten 36 Personen, deren Stand z.B. mit Altenteiler, Gärtner, Hufner, Kätner, Knecht oder Landmann angegeben wurde. Die Arbeiter waren als zweitstärkste Gruppe mit 24,2% vertreten. 27 Personen führten diese Berufsbezeichnung. Hinzugerechnet wurden hier noch 3 Eisenbahner, 1 Schweißer und 1 Steinhauer. Das Handwerk bildete mit 22,7% die drittstärkste Gruppe: Es handelte sich um

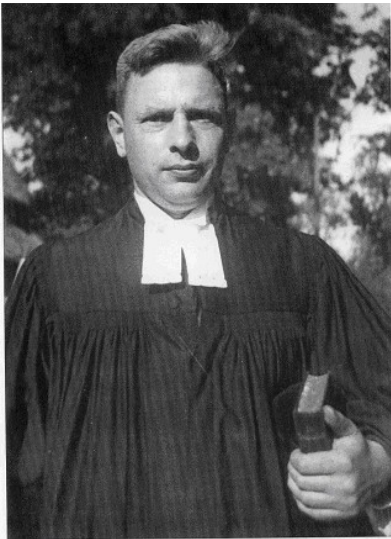
30 Personen, die Bäcker, Bödner, Klempner, Maler, Maurer, Sattler, Schlosser, Schmied, Schneider, Schuhmacher, Stellmacher oder Tischler waren. Dann gab es noch die Ruheständler mit 13,6% (8 Rentner, 1 Pensionär und 9 Witwen), die Gehaltsempfänger mit 6,8% (2 Lehrer, 1 Pastor, 3 Postschaffner, 1 Oberlandjäger/Gendarm, 1 Unterförster und 1 Bürogehilfe) sowie die 3 Händler und 4 Gastwirte, die zusammen 5,3% aller Haushaltsvorstände in Brügge bildeten.

Gemessen an den späteren Maßstäben der Nationalsozialisten war der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht groß genug, um Brügge als „Bauerndorf“ zu bezeichnen. Deshalb wurde der Ort 1934 als „Landgemeinde“ eingestuft. Die Volkszählung des Jahres 1939 kam zu dem Ergebnis, dass 36,9% aller Beschäftigten in Brügge in der „Land- und Forstwirtschaft“ arbeiteten. Es handelte sich um 148 Personen. 51,6% seien in der „Industrie“ oder im „Handwerk“ beschäftigt. Es soll sich um 207 Personen gehandelt haben. Die restlichen 11,5% waren im Bereich „Handel und Verkehr“ tätig.^[xvi] Letztendlich können wir aber davon ausgehen, dass das Leben im Dorf in starkem Maße von der Landwirtschaft geprägt wurde. Die dominierende Position der Bauern und Landwirte in der Gemeindevertretung ist dafür ein Beleg.

Der neue Pastor (1930)

Brügge besaß seit November 1929 keinen „eigenen“ Pastor mehr, da Johannes Kardel seine neue Wirkungsstätte in der Kirchengemeinde Adelby I angetreten hatte. In der Zeit der Vakanz wurden die Einwohner des Kirchspiels Brügge von den Bordesholmer Pastoren Lafrentz und Giese vertretungsweise mitbetreut. Im März 1930 fand die Neuwahl eines Pastors durch die Kirchspielsangehörigen statt. Aus der Kirchenchronik geht hervor, dass es zwei Bewerber um das Amt gab: Pastor Bock aus Hennstedt bei Kellinghusen und Pastor Geist aus Kiel. Der erst 28jährige Karl Geist gewann die Wahl mit 228 zu 18 Stimmen und wurde am Ostersonntag von Propst Meifort aus Neumünster feierlich in sein Amt eingeführt. Es war seine erste Stelle als Pastor.

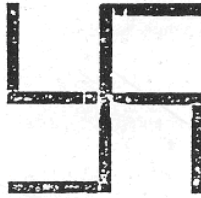
Bereits eine Woche nach dem Amtsantritt von Pastor Geist fanden am 27. April Neuwahlen zur Kirchenvertretung statt. Für das Kirchdorf Brügge sollte zukünftig Hinrich Heimann (Landmann aus Brüggerholz) die Interessen wahrnehmen. Walther Doose (Hufner aus Groß Buchwald) wurde zum ersten Mal zu einem der drei Kirchenältesten gewählt. Seine Mitstreiter waren die wiedergewählten Theodor Stocks (Altenteiler aus Bissee) und Joachim Plambeck (Hufner aus Techelsdorf).



Pastor Karl Geist konnte seine seelsorgerische Tätigkeit in Brügge nur von 1930 bis 1936 ausüben. Er starb bereits im Alter von 34 Jahren an einer Lungenentzündung. Quelle: KA Brügge.

Ansonsten wissen wir sehr wenig über die Ereignisse in Brügge im Jahre 1930. In der Gemeindevertretung saßen seit den Kommunalwahlen vom November 1929 acht „Bürgerliche“ und drei Vertreter der SPD: Albert Ra-

sum (Maurer), Richard Bröse (Schneider) und Carl Stühmer (Arbeiter). Zur Mehrheitsfraktion gehörten außer Bürgermeister Hinrich Reimers (Alten-teiler) auch Hinrich Heimann (Landmann), Heinrich Dibbern (Landmann) und August Plambeck (Mühlenbesitzer) sowie vier weitere Mitglieder, die sich schon bald der NSDAP anschließen sollten: Johannes Dierk (Gast- und Landwirt), Rudolf Gnutzmann (Hufner), Fritz Schwarze (Bautischler) und Ernst Willrodt (Hufner). Die Nationalsozialisten hatten zur Kommunalwahl von 1929 im Holsteinischen Courier Anzeigen geschaltet, die eindrucksvoll mit einem Hakenkreuz und einem reißerischen Text versehen waren: „Zwei große Fronten stehen in diesem Wahlgang sich gegenüber. Rechts die Klassenparteien des Bürgertums. Links die Klassenparteien des Proletariats. Unüberbrückbar wird die Kluft zwischen beiden Lagern. Für wahre Volksgemeinschaft kämpft nur die National-Sozialistische Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), die unter der Parole 'Gemeinnutz geht vor Eigennutz' die Belange der Schaffenden aller Stände in Gemeinde und Provinz vertreten wird.“[\[xvii\]](#)



Deutsche Volksgenossen!

Zwei große Fronten stehen in diesem Wahlgang sich gegenüber.

Rechts die Klassenparteien des Bürgertums.

Links die Klassenparteien des Proletariats.

Unüberbrückbar wird die Kluft zwischen beiden Lagern.

Für wahre Volksgemeinschaft kämpft nur die National-Sozialistische Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), die unter der Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ die Belange der Schaffenden aller Stände in Gemeinde und Provinz vertreten wird.

Darum wählt Liste 9!!

für Gemeinde- und Provinzialparlamentswahl.

Mit reißerischen Parolen versuchte die NSDAP Stimmen zu gewinnen.
Quelle: HC vom 16.11.1929.

Mit derartigen Parolen wird die Partei auch 1930 in den Wahlkampf gezogen sein. Die letzte von einer Mehrheit der Abgeordneten im Reichstag in Berlin getragene Regierung, die „Große Koalition“ (SPD, DDP, Z, BVP, DVP) unter dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD), scheiterte im März an der Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollten oder nicht. Nutznießer der (von ihm mitverursachten) Regierungskrise war Heinrich Brüning (Z), der von Reichspräsident von Hindenburg zum neuen Reichskanzler ernannt wurde. Brüning stellte ein Kabinett zusammen, das nicht mehr durch Koalitionsvereinbarungen von im Parlament

vertretenen Parteien legitimiert war. Gleichzeitig drohte er den Abgeordneten für den Fall, dass sie ihm die Unterstützung für seine Pläne zur Sanierung der desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation versagen würden. Der Reichstag sollte in dem Fall aufgelöst und alle Maßnahmen mit Hilfe des Notstandsartikels 48 der Verfassung durch den Reichspräsidenten angeordnet werden. Brüning war bereit die Souveränität des Parlaments zu missachten und begab sich damit zunächst einmal auf den Weg einer „verdeckten Präsidialregierung“.[\[xviii\]](#)

Im Juli 1930 war es dann so weit: Der Reichstag wurde aufgelöst, da er es gewagt hatte, eine Notverordnung des Reichspräsidenten zu kassieren. Dieses Vorgehen der Parlamentarier war jedoch (ebenfalls durch eine Bestimmung des Artikels 48) rechtlich abgesichert. Und somit konnte die von Hindenburg gegebene Begründung für die Anwendung von Artikel 25 nicht als verfassungskonform bezeichnet werden. Die demokratische Zielrichtung der Verfassung wurde ausgehebelt und Reichskanzler Brüning war zur „offenen Präsidialregierung“ übergegangen.[\[xix\]](#) Wahrscheinlich haben weder er noch Hindenburg ernsthaft daran geglaubt, dass Neuwahlen eine Lösung der Probleme ermöglichen würden.

Am 14. September 1930 bewarben sich mehr als 20 Parteien um die Gunst der Wähler. In Brügge waren 264 Einwohner zur Wahl gegangen, von denen die meisten (97) ihr Stimmkreuz bei der NSDAP machten. Die Nationalsozialisten waren damit in Brügge zum ersten Mal „stärkste Partei“ geworden und gaben diese Position bis 1945 nicht mehr ab. Auf Reichsebene konnte so ein Erfolg noch nicht erzielt werden: Die NSDAP wurde allerdings mit 18,3% der Stimmen zweitstärkste Fraktion im Reichstag. Sie hatte bei diesen „Erbitterungswahlen“ (im Vergleich zu 1928 mit 2,6%) einen „kometenhaften Aufstieg“ gemacht. In Brügge betrug der entsprechende Stimmenanteil für die Nationalsozialisten 36,7%. Deutlich höhere Werte waren u.a. in Sören (65,6%), Groß Buchwald (53,9%), Bothkamp (51,5%), Wattenbek (46,8%) und auch in Bissee (40,2%) zu verzeichnen.

Die SPD konnte auf Reichsebene ihre traditionelle Position als „stärkste Partei“ mit 24,5% ein letztes Mal verteidigen. In Brügge fand sie 62 Wähler.

ler und nahm damit „wie immer“ den zweiten Rang ein. Die DNVP hatte seit 1920/21 in Brügge stets die meisten Stimmen bekommen, 1928 waren es hier sogar 107 gewesen. Diese Entwicklung wurde 1930 abrupt beendet: Die Deutschnationalen erhielten nur noch 24 Stimmen. Diese extrem konservativ orientierte Partei war im Vorfeld der Wahlen dadurch negativ aufgefallen, dass einige Mitglieder nicht mit dem deutlichen Rechtskurs ihres Vorsitzenden Hugenberg einverstanden waren, aus der Partei austraten und neue Parteigruppierungen gründeten. Die „gemäßigten“ Rechtsparteien DVP (15 Stimmen) und Wirtschaftspartei (21 Stimmen) konnten ihre Position in Brügge nicht ausbauen und mussten ebenfalls gegenüber 1928 Stimmenverluste hinnehmen. Bei der DVP machte sich offensichtlich bemerkbar, dass ihr prominentestes Mitglied, der über Parteigrenzen hinweg anerkannte, langjährige deutsche Außenminister Gustav Stresemann im Oktober 1929 gestorben war.

Insgesamt gesehen konnte das Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 nicht zur Klärung der schwierigen politischen Verhältnisse beitragen. Aufgrund der Erfolge der Nationalsozialisten (18,3%) und der Kommunisten (13,1%) waren bereits ein Drittel der Abgeordneten erklärte Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus. Eine Mehrheitskoalition der verfassungstreuen Parteien kam nicht mehr zustande und Reichskanzler Brüning setzte seine Art des Regierens mit Artikel 48 fort. Die SPD sah sich unter diesen bedrohlichen Umständen genötigt, die Vorhaben der Regierung durch weitgehende Tolerierung zu stützen. So kamen im Laufe des Jahres dann doch noch 52 Gesetze zustande, die auf dem durch die Verfassung vorgeschriebenen Wege durch das Parlament verabschiedet wurden. Die Anzahl der Notverordnungen nach Artikel 48 war mit 5 noch relativ gering. Dieses Verhältnis sollte sich zwei Jahre später umgekehrt haben: 1932 wurden 60 Notverordnungen verkündet und nur 5 ordentliche Gesetze beschlossen.

Wie ist es zu erklären, dass eine „Krawall- und Rabauken-Partei“ wie die NSDAP in einem Dorf wie Brügge eine derart große Zustimmung erfahren hat?

1. Für die Dorfbewohner war die 1919 eingeführte Staatsform der Demokratie und des Parlamentarismus neu und ungewohnt. Deutliche Erfolge dieses gegenüber dem Kaiserreich veränderten politischen Systems waren in den nachfolgenden Jahren nicht zu verzeichnen. Das neue System erbrachte nicht den Nachweis einer größeren Leistungsfähigkeit und blieb dadurch den meisten Einwohnern suspekt.
2. Die SPD war zwar reichsweit die stärkste Kraft. Auf dem Lande konnte sich die Idee der Sozialdemokratie allerdings nicht durchsetzen. Die Sozialdemokraten konnten nicht erfolgreich vermitteln, dass sie nicht mehr ausschließlich Interessenvertreter der (Industrie-)Arbeiterschaft sein wollten. Das Programmziel des Sozialismus nährte zudem weiterhin den Verdacht, dass das Privateigentum aufgehoben werden sollte. Diese Furcht konnte insbesondere den Landwirten niemals genommen werden. Deshalb ist es der SPD in Brügge nicht einmal in den Anfangsjahren der Weimarer Republik gelungen bei Wahlen stärkste Partei zu werden.
3. Lange Zeit ruhten die Hoffnungen der Brügger Bürger auf der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Die oben geschilderten parteiinternen Zwistigkeiten des Jahres 1930 bewirkten einen - nicht nur in Brügge aufgetretenen - deutlichen Ansehensverlust dieser Partei.
4. Eine echte Alternative im gemäßigt-rechten Parteienspektrum gab es nicht. Der Deutschen Volkspartei (DVP) ist es niemals gelungen, den programmatischen Namen der Partei in die Tat umzusetzen. Gustav Stresemann als einziges „Aushängeschild“ war nicht ausreichend. In Brügge konnte die DVP nur in den ersten drei Reichstagswahlen beachtenswerte Erfolge erzielen: 1920/21 (16,8%), 1924(I) (10,7%) und 1924(II) (18,9%).

5. Die politischen Verhältnisse waren spätestens seit 1928 sehr unübersichtlich geworden. Die SPD hatte für mehrere Jahre keine Regierungsverantwortung übernommen, obwohl sie stärkste Partei im Reichstag war. Die „Große Koalition“ wurde dann auf einmal von fünf Parteien gebildet. Und Heinrich Brüning verzichtete mehr oder weniger ganz auf die Unterstützung von Parteien. Es wurde immer unklarer, wie denn eine demokratisch legitimierte und agierende Regierung auszusehen hat.

6. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Deutschen verschlechterte sich seit 1929 bedrohlich: Fallende Aktienkurse, eine große Anzahl von Konkursen und vorübergehenden Betriebsstilllegungen, eine kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahl (von 2,5 Millionen im Februar auf 3 Millionen im September), eine sinkende Anzahl von Erwerbstätigen und ein einsetzender Produktionsrückgang waren die Kennzeichen dieser Entwicklung, von der die Brügger wahrscheinlich noch nicht unmittelbar betroffen waren. Aber die Angst vor der Zukunft wird so manchen Einwohner veranlasst haben, zum Protestwähler zu werden. Die Landwirte in der Gemeinde konnten feststellen, dass die Getreidepreise seit 1929 sanken^[xx], obwohl immer wieder versucht wurde, durch die Erhebung und Erhöhung von Schutzzöllen die Preise zu stabilisieren.

7. Da alle anderen Parteien scheinbar versagt hatten, blieb als Alternative nur noch die NSDAP übrig, obwohl man von dieser wusste, dass einige ihrer Mitglieder in Neumünster und auch an anderen Orten der Umgebung an mehreren gewalttätigen Zusammenstößen mit politischen Gegnern beteiligt gewesen waren. Am 10. August 1930, einen Tag vor den Feierlichkeiten zum Tag der Weimarer Verfassung, hatten in Berlin 400 Nationalsozialisten randaliert und die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik heruntergerissen.^[xxi] Alle diese Ereignisse wurden von den meisten Deutschen nicht als Warnzeichen wahrgenommen. Für die Brügger Wählerinnen und Wähler wird vielmehr entscheidend gewesen sein, dass die NSDAP sich in Schleswig-Holstein seit 1926 ver-

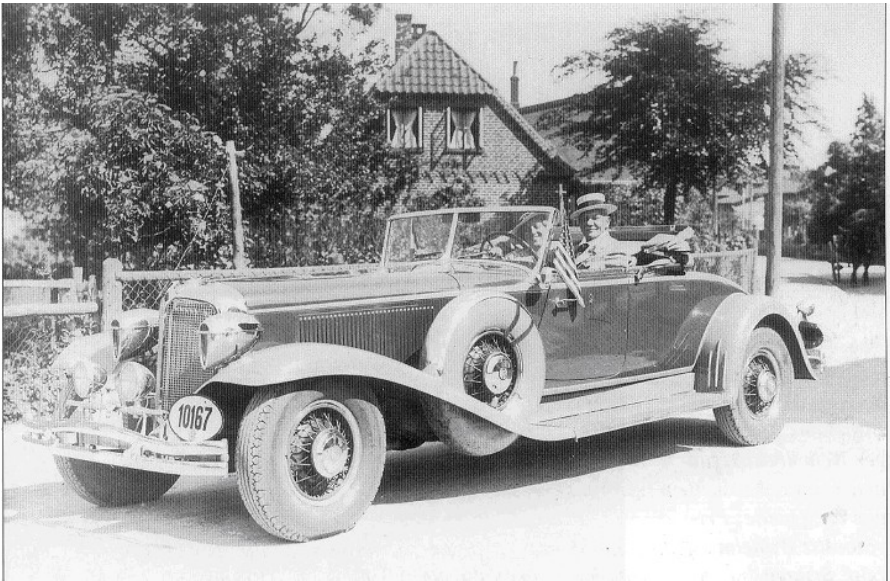
stärkt um die bäuerlichen Familien und ihre Betriebe bemühte. Im Völkischen Beobachter war damals zu lesen: „Schleswig-Holstein ist ein Agrarland! Neben der Brechung des Marxismus haben wir die besondere Aufgabe, den schleswig-holsteinischen Bauern zu erfassen.“ Und „Gauleiter“ Lohse verkündete 1927: „Das Prinzip des deutschen Bauern, wonach ihm Scholle, Beruf und Arbeit mehr bedeuten als Verdienst und materielle Güter, muß wieder Gültigkeit bekommen und Deutschland wird nicht untergehen.“[\[xxii\]](#) Der größte Vorbehalt, den man als Landwirt noch gegen die Nationalsozialisten haben konnte, war außerdem überzeugend ausgeräumt worden: Die im Parteiprogramm vorgesehene Möglichkeit der Enteignung von Privateigentum (insbesondere von Grundbesitz) wurde 1928 dahingehend interpretiert, dass dieses nur die Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft betreffen sollte.[\[xxiii\]](#) Das war offensichtlich auch für die Einwohner Brügges eine hinreichende Erklärung.

Die neue Partei (1931)

In der Kirchenchronik schrieb Pastor Geist über das Jahr 1931: „Infolge der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse musste von notwendig gewordenen Reparaturen der Kirche, besonders am Turm, und am Pastorenwitwenhaus abgesehen werden.“ Die seit 1928/29 zu beobachtende depressive Phase der Weltwirtschaft hatte offensichtlich auch Brügge erreicht. Der größte Arbeitgeber am Ort, die Baufirma Habermann & Guckes mit ihrem Kieswerk in Brüggerholz, hatte für mehrere Wochen den Betrieb wegen Absatzschwierigkeiten stilllegen müssen. Ende März wurde die Arbeit aber wieder aufgenommen und der Holsteinische Courier kommentierte diesbezüglich: „Für die Behebung der Arbeitslosigkeit ist jede Wiederinbetriebsetzung von Unternehmungen nur zu begrüßen.“[\[xxiv\]](#) Im Jahresdurchschnitt waren 1931 bereits 4,5 Millionen Deutsche ohne Arbeit.

Die Nachrichten von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland sind offensichtlich bis in die USA zu ausgewanderten ehemaligen Mit-

bürgern vorgedrungen. Der in Brügge geborene und „vor 30 Jahren“ nach Amerika ausgewanderte H.W. Riecken überraschte im Frühjahr die hiesigen Konfirmanden „durch eine größere Geldspende“. Bei Riecken handelte es sich um einen Neffen des Rentners Wilhelm Grotmaak (Dorfstraße 21). Er war bereits 1920 dadurch hervorgetreten, dass er „kurz vor Weihnachten 10 größere Pakete, deren Inhalt an Bedürftige, namentlich auch an Konfirmanden, verteilt werden sollte“, nach Brügge geschickt hatte. Im Mai 1931 kam er höchstpersönlich zu Besuch und veranstaltete hier „ein Kinderfest für alle Brügger“. Riecken war durch den Betrieb von Kaffeeplantagen vermögend geworden und beschäftigte dort bereits 200 Deutsche. Für seine Rückreise hatte er sich etwas ganz besonderes ausgedacht: Er wollte „12 arbeitslose geborene Brügger mit nach drüben nehmen, um ihnen in seinen Kaffeeplantagen eine feste Anstellung zu geben“. Es stellt sich somit die Frage, wer in den Genuss dieser Mildtätigkeit gekommen ist und was die Auserwählten aus ihrem Glück gemacht haben.[\[xxv\]](#)



Der um 1900 nach Amerika ausgewanderte und dort zu Geld gekommene H.W. Riecken besuchte sein Heimatdorf Brügge 1931. Die Brügger waren sicher gebührend beeindruckt, als die Rieckens im Cabrio vorfuhren.

In dieser schwierigen Zeit waren die Gewerkschaften und die SPD als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen besonders gefordert. Der ADGB forderte zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Einführung der 40-Stunden-Woche und die SPD schlug im Mai 1931 zusätzlich die Herabsetzung der Altersgrenze für Rentner vor. Außerdem verlangte man einen Stopp der Lohnabsenkungen mit dem Ziel einer allgemeinen Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung. Betriebsstilllegungen sollten verboten werden, militärische Ausgaben seien zu streichen und den hohen Beamten sollten die Gehälter und Pensionen gekürzt werden. Weiterhin wurde über eine zwanzigprozentige Besteuerung der Dividenden aus Aktienbesitz und über die Einführung einer Millionärssteuer nachgedacht.[\[xxvi\]](#) Der ohne eine parlamentarische Mehrheit regierende Reichskanzler Brüning hatte allerdings ganz andere Vorstellungen. Ihm kam es darauf an, dem Ausland gegenüber die Not des deutschen Volkes zu demonstrieren und damit zu belegen, dass Deutschland in Zukunft keine Reparationszahlungen mehr leisten könnte. Im Juni 1931 ließ er den Reichspräsidenten von Hindenburg die „2. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ verkünden. Darin war u.a. vorgesehen, die Löhne, Gehälter und Renten der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Reich um 5 bis 8% zu kürzen. Die Altersgrenze für Unterstützungsempfänger wurde von 16 auf 21 Jahre heraufgesetzt und verheiratete Frauen sollten als Arbeitslose nur noch „im Bedarfsfall“ finanzielle Zuwendungen erhalten. Außerdem wurde eine Krisensteuer neu eingeführt, die eine vierprozentige Erhöhung der Einkommenssteuer bzw. eine fünfprozentige Erhöhung der Lohnsteuer bewirkte.[\[xxvii\]](#)

Alle diese umstrittenen und teilweise fragwürdigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen veranlassten die hiesige Gewerkschaftsorganisation Präsenz zu zeigen: Am Sonntag, dem 19. Juli, wurde „bei schönem Wetter und starker Beteiligung in Brügge“ ein großes „Gewerkschaftsfest“ gefeiert. Es gab einen Festumzug, der von Bordsesholm über Wattenbek zum Marktplatz nach Brügge führte. Hier trat der Gesangverein in Aktion und ein Herr Schweizer aus Kiel hielt eine Ansprache, in der er die Anwesenden

ermahnte, „nach den Vorkommnissen der letzten Zeit zur Einigkeit in den eigenen Reihen“ zurückzukehren.[\[xxviii\]](#) Mit dieser Formulierung hat der Redner sicherlich auch auf die zahlreichen politisch motivierten Zusammenstöße zwischen links- und rechtsgerichteten Kräften angespielt. Allein in Neumünster sind im laufenden Jahr 60 Vorfälle dieser Art verzeichnet worden. Aber auch in Nortorf, Wasbek, Krogaspe, Preetz und Eutin kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerleuten und Angehörigen des deutschnationalen „Stahlhelm“, zwischen KPD-Mitgliedern und SA-Männern oder zwischen Rotfrontkämpfern und NSDAP-Angehörigen.[\[xxix\]](#)

Die Freiwillige Feuerwehr hatte im Juli 1931 auch etwas zu feiern, nämlich ihr 50jähriges Bestehen. Deshalb wurde der 33. Kreisfeuerwehrtag in Brügge abgehalten. Die Delegierten von 47 Feuerwehren waren zur Versammlung im Gasthof „Zur Doppeleiche“ erschienen. Hauptmann Ernst Willrodt aus Brügge begrüßte die Anwesenden und „bezeichnete es als Aufgabe des Tages, den Feuerwehrg Geist in guten und in bösen Tagen hochzuhalten“. Ein Mitbegründer der Brügger Feuerwehr kam auch zu Wort: Der Zimmermann und Dampfsägereibesitzer Hinrich Freese sen. (1891 nach Eiderstede verzogen) schilderte die „Entwicklung aus den ersten Anfängen bis zum heutigen Tag und ermahnte zum festen Zusammenhalten zu Nutz und Frommen des deutschen Vaterlandes“. Auch der Landrat des Kreises Bordesholm von Mohl war erschienen und „sprach in ernsten Worten von der gegenwärtigen Not des Vaterlandes. Es ginge jetzt ums Ganze, um die Erhaltung eines freien deutschen Reiches, die nur mit Opfern und Festigkeit jedes Einzelnen erkämpft werden könne“.[\[xxx\]](#) Auch wenn man den drei Rednern nicht absprechen will, dass sie sich ernsthafte Sorgen um die Zukunft Deutschlands machten, so bleibt doch Folgendes zu berücksichtigen: Ernst Willrodt und Waldemar von Mohl waren Zeitgenossen, die sich die Lösung der aktuellen politischen Probleme nur durch die Nationalsozialisten vorstellen konnten. Willrodt kandidierte im März 1933 bei den Wahlen zur Gemeindevertretung auf der Liste der NSDAP. Landrat von Mohl sympathisierte schon seit längerer Zeit mit dieser Partei: Der Regierungspräsident in Schleswig machte ihm bereits 1930 den Vorwurf, dass er nicht alle Werbeveranstaltungen der Nationalsozialisten im Kreis Bordesholm gemeldet hatte.[\[xxxi\]](#) Als Landrat des Kreises Segeberg erwarb er 1933/34 die Mitgliedschaft in mehreren nationalsozialistischen

Unterorganisationen. Die offizielle Parteimitgliedschaft wurde ihm allerdings erst 1937 zuerkannt, denn ab April 1933 bestand eine allgemeine Aufnahmesperre für neue Mitglieder.[\[xxxii\]](#)

Das Jahr 1931 brachte für den Organisationsaufbau der NSDAP im Kreis Bordesholm den Durchbruch. Im Januar veranstaltete die seit dem November 1930 bestehende Ortsgruppe Bordesholm eine groß angelegte „Massenveranstaltung“, die offensichtlich nicht ohne Wirkung blieb, denn im Februar kam es zur Gründung von Ortsgruppen in Loop, Groß Buchwald und Dätgen. Im März folgten die NSDAP-Ortsgruppen von Schmalstede, Wattenbek und Schönbek. Warum die Brügger sich in diesem Frühjahr noch nicht der „Bewegung“ angeschlossen haben, wissen wir nicht. Sie werden die Szene noch etwas beobachtet haben, z.B. den „SA-Werbetag der NSDAP in Bordesholm“. Mehrere hundert SA-Männer waren am letzten Sonntag im Oktober aus Kiel, Neumünster, Preetz, Nortorf und anderen Orten nach Bordesholm gereist und hatten im Alten Haidkrug zunächst „ein kräftiges Erbsensuppenessen“ erhalten: „Nach einer kurzen Ruhepause wurde zum Propagandamarsch angetreten. Es herrschte eine vorzügliche Disziplin und es machte einen starken Eindruck, als Jung-Deutschland mit entfalteten Fahnen und Musik“ über Brügge, Groß Buchwald, Negenharrie und Wattenbek zurück nach Bordesholm marschierte. Der Holsteinische Courier vermerkte ausdrücklich: „Überall wurden die SA-Leute mitsamt der Altherrengruppe freudig begrüßt.“ Am Abend kam man dann noch in den Genuss einer „markigen Ansprache“ durch den bekannten Standartenführer Rechtsanwalt Böhmcker aus Eutin. Dieser nutzte die Gelegenheit, um die „Hitlerbewegung ins rechte Licht“ zu rücken.[\[xxxiii\]](#)

Anfang Dezember war es dann soweit: „Die NSDAP hat auf ihren letzten Versammlungen im Kreise Bordesholm einen außerordentlichen Erfolg gehabt. In Brügge waren unter der Leitung von Ortsgruppenführer Bielenberg (Bordesholm) an dem einen Abend 42 und in Negenharrie an einem anderen Abend 36 Neuaufnahmen zu verzeichnen.“[\[xxxiv\]](#) Es ist davon auszugehen, dass die Ortsgruppe Brügge der NSDAP an diesem Abend offiziell gegründet worden ist, denn am 5. Januar 1937 heißt es in einem weiteren Artikel des Holsteinischen Couriers: „Die Ortsgruppe Brügge der

NSDAP, die im vergangenen Jahre auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken konnte,”

Aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1925 und 1933 können wir davon ausgehen, dass es in Brügge im Jahre 1931 rund 490 Einwohner gab. Somit sind 8,6% (42 von 490) aller Einwohner Gründungsmitglied der NSDAP-Ortsgruppe geworden. Das ist ein relativ hoher Wert, denn in Groß Buchwald (18 von 300) waren es nur 6% und in Wattenbek gab es sogar nur acht Parteigründer und 500 Einwohner (1,6%). Als Erklärung für dieses Phänomen bietet sich vielleicht der Verlauf der Gründungsversammlung an: Aus Kükels (im Kreis Segeberg) war „Parteigenosse“ Pötter als Redner angereist. Er war Landwirt und behandelte deshalb „in erster Linie die offizielle Agrar- und Mittelstandspolitik der Regierung“. An Beispielen zeigte er auf, „wie wenig förderlich sich die bisherigen Maßnahmen des Staates für die heimische Land- und Volkswirtschaft ausgewirkt haben. Nur durch gänzliches Herumwerfen des Steuers auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens könnten wir als Staat und Nation uns von den Sklavenketten im Innern und nach Außen befreien. Dazu bedürfe es aber neuer Männer und neuer Parteien, da die alten vollkommen versagt hätten und schon lange nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung besäßen“.[xxxv] Diese Worte müssen sehr überzeugend auf die Anwesenden gewirkt haben. Das Thema „Landwirtschaft“ war für viele Brügger von besonderem Interesse, denn von 132 Haushaltsvorständen waren 36 eindeutig dem agrarischen Sektor zuzuordnen. Weiterhin gab es im Ort 32 Arbeiterhaushalte und 30 Handwerkerfamilien.[xxxvi]

Es ist zu bezweifeln, dass die Brügger NSDAP im Gründungsmonat Dezember 1931 organisatorisch schon in der Lage war, auch noch eine Weihnachtsfeier auszurichten. Die Bordesholmer hatten in dieser Hinsicht ein Jahr Vorsprung: Sie veranstalteten am Sonnabend, dem 19. Dezember, im Alten Haidkrug bereits zum zweiten Mal so ein Fest und konnten stolz verkünden: „Während im Vorjahr erst 17 Parteigenossen das Weihnachtsfest gemeinsam begehen konnten, waren es in diesem Jahre mehrere Hundert.“ Demnach haben auch die Parteiangehörigen aus den Bordesholm umgebenden Dörfern an der Feier teilgenommen. Die Festrede wurde vom „Parteigenossen“ Krömer aus Kiel gehalten. Er hob zunächst „die innere

Bedeutung der Weihnachtsfeier für die Menschheit“ hervor und gab dann als geborener Schlesier „ein erschütterndes Bild von seiner engeren Heimat, die noch mehr als unsere Provinz durch den Versailler Vertrag zerstückelt und der feindlichen Willkür preisgegeben ist. Schlesien ist zur Zeit die Hochburg der NSDAP; es dürfte aber nicht mehr lange dauern, dann wird ihr Schleswig-Holstein ebenbürtig sein“. Diese Prophezeiung des Parteiredners aus Kiel sollte sich schon sehr bald bewahrheiten.

Im weiteren Verlauf der Feier trug „Sturmführer“ Carstens ein selbstverfasstes Gedicht mit dem Titel „Der Dolchstoß“ vor. Er propagierte darin noch einmal die von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff zuerst verbreitete Legende bzw. Lüge, die an der Front kämpfenden deutschen Soldaten seien 1918 von den revolutionären Kräften in der Heimat verraten worden. Otto Hansen aus Mühbrook deklamierte „Der Glaube an Deutschlands Zukunft“ und dann „erreichte die Feier ihren Höhepunkt mit der Bescherung einer ganzen Anzahl bedürftiger, arbeitsloser Parteimitglieder“. Den Abschluss der Veranstaltung bildete das von allen Festteilnehmern im Stehen gesungene „Horst-Wessel-Lied“.[\[xxxvii\]](#) Dieses Lied mit der Textzeile „Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen! SA marschiert ...“ war neuerdings das offizielle Parteilied der NSDAP. Sein Verfasser, der Berliner SA-Mann Horst Wessel, war im Januar 1930 in seiner Berliner Wohnung überfallen worden und ist einen Monat später an den Folgen der Gewalteinwirkungen gestorben. Die NSDAP machte ihn daraufhin zum Märtyrer. Von 1933-1945 wurde sein Lied bei feierlichen Anlässen im Anschluss an die Nationalhymne gesungen.[\[xxxviii\]](#)

Die „Zunahme der politischen Aktivität“ (1932)

Das erste größere gesellschaftliche Ereignis seit Jahresbeginn war die „Reichsgründungsfeier“ des Militärvereins. Lehrer Frandsen als Vorsitzender hielt den Festvortrag. Er sprach über die Bedeutung der Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 im besetzten Frankreich, „wobei er gegenüber dem jetzt herrschenden Einfluss der urteilslosen unzuverlässigen Masse die Führerpersönlichkeit in den Vordergrund stellte und

dabei auf den Reichsgründer Bismarck und seinen Helfershelfer Moltke verwies.“ Alle Anwesenden werden gespürt haben, dass Frandsen, der höchstwahrscheinlich schon zu dem Zeitpunkt „Parteigenosse“ war, dabei weniger an Bismarck und Moltke sondern eher an den Führer der NSDAP gedacht hat. Im zweiten Teil seiner Rede „ließ Lehrer Frandsen sich dann noch des näheren über den Abrüstungs- und Wehrgedanken aus, wobei er Deutschlands Recht auf Sicherung und Gleichberechtigung in den Vordergrund stellte, ohne die ein Wiederaufstieg Deutschlands zu Macht und Ansehen außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege. Die Jugend müsse daher in den Traditionen der Väter erzogen und für deren Ideale begeistert werden: Die Nation über alles!“ Es lässt sich denken, dass Lehrer Frandsen in diesem Sinne und mit dieser Zielsetzung auch seinen Hauptberuf ausgeübt hat. Die Veranstaltung wurde umrahmt durch das Vortragen eines Prologs und eines Gedichtes durch zwei junge Damen: „Deutschland in Ketten“.[\[xxxix\]](#)

Auch für Pastor Geist stand die Brügger Dorfjugend im Zentrum seiner Beobachtungen. Er schrieb in der Kirchenchronik: „Das gottesdienstliche Leben ist still und ruhig. Deutlich ist die Zunahme der politischen Aktivität auf unseren Dörfern. Die jungen Leute, die bisher ins Pastorat zu gemeinsamen Abenden kamen, gehen in die SA und gehen ganz im politischen Kampf auf.“ Sicherlich werden viele dieser Jugendlichen zusammen mit den älteren SA-Angehörigen Ende Februar 1932 in Bordesholm an der Fahnenweihe des SA-Sturmes 15/163 teilgenommen haben. Der „beliebte Standartenführer“ Rechtsanwalt Böhmecker aus Eutin hielt „eine markige Ansprache“, in der er noch einmal die politische Entwicklung seit 1918 erläuterte und dann aufzeigte, „wie das deutsche Volk aus dieser Katastrophe wieder herauskommen und im wahrsten Sinne zu 'Friede, Freiheit und Brot' gelangen könne“. Angesichts der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten war es nach Ansicht des Holsteinischen Couriers selbstverständlich, dass die Ausführungen des Redners „einen starken politischen Einschlag“ hatten und „die rhetorischen Leidenschaften des Sprechers wirkungsvoll in Erscheinung traten“. Anschließend weihte Böhmecker „die Sturmflagge 15/163 im Auftrage des obersten Führers Adolf Hitler“ und alle Anwesenden sangen stehend das „Horst-Wessel-Lied“. Die Ortsgruppe Negenharrie der NSDAP umrahmte die Veranstaltung, indem sie „das dramatische Spiel 'Horst Wessel' mit einem lebenden Bild stimmungsvoll

zur Geltung" brachte. Mit einem Appell des Standartenführers und „deutschem Tanz" fand der Abend, der insbesondere als Wahlkampfveranstaltung der NSDAP zu sehen war, seinen Abschluss.[\[xl\]](#)

Am 13. März sollte ein neuer Reichspräsident gewählt werden. Das war jedenfalls die Meinung von Rechtsanwalt Böhmcker, und er ließ es sich nicht nehmen, im Rahmen des Wahlkampfes für den Kandidaten der NSDAP auch in Brügger eine „Massenveranstaltung" abzuhalten. Am 1. März traf man sich in Stoltenbergs Gastwirtschaft und der Holsteinische Courier vermerkte: „Der geräumige Saal war mit Vorraum bis auf den letzten Platz besetzt - ein Zeichen, daß die Wähler begriffen haben, um was es bei dieser Wahl geht." Ortsgruppenleiter Otto Reimers amtierte als Versammlungsleiter und Böhmcker nahm „das Wort, um in längeren Ausführungen [zu] der Frage der Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen und die staatsrechtliche Bedeutung der Wahl ins rechte Licht zu rücken".[\[xli\]](#) Trotz dieser verklausulierten Formulierungen wird man davon ausgehen können, dass der geübte Propagandaredner Böhmcker den Anwesenden eine ganz eindeutige Empfehlung mit auf den Heimweg gegeben hat: „Wählt Adolf Hitler zum neuen Reichspräsidenten." Die oben angesprochene „staatsrechtliche Bedeutung" einer solchen Wahl lag darin, dass Hitler bereits zu diesem Zeitpunkt eine direkte Verfügungsgewalt über Artikel 48 der Verfassung des Deutschen Reiches erlangt hätte. Das sogenannte „Notverordnungsrecht" wäre von ihm sicherlich noch einschneidender als bisher genutzt worden, um das Mitspracherecht der demokratisch legitimierten Parlamentsorgane einzuschränken und individuelle Grundrechte der Deutschen außer Kraft zu setzen. Unterstützend hätte ihm dabei auch die Reichswehr zur Verfügung gestanden.

Die Veranstaltung vom 1. März muss einen großen Eindruck auf die Brügger Wähler gemacht haben, denn 96,6% von ihnen beteiligten sich am ersten Wahlgang. Eine derart hohe Wahlbeteiligung konnte in keiner anderen Gemeinde der Umgebung festgestellt werden. Wäre es nach den Brügger Wählern gegangen, dann wäre kein zweiter Wahlgang notwendig gewesen: 231 von 315 Wählern wünschten sich Adolf Hitler als neuen Reichspräsidenten. Das waren 73,3% der abgegebenen Stimmen; reichsweit hatte Hitler nur 30,1% bekommen. Der Kreis Bordesholm votierte immerhin noch mit 48,6% für Hitler. Der Amtsinhaber Paul von Hinden-

burg, der als „Schutzschild gegen Hitlers Emporkommen“ auch von der SPD und dem Zentrum unterstützt wurde, erhielt in Brügge 62 Stimmen (19,7%). Reichsweit hatte er sein Ziel einer absoluten Mehrheit mit 49,6% nur denkbar knapp verfehlt. Aus diesem Grunde war ein zweiter Wahlgang unumgänglich.

Am 10. April lag die Wahlbeteiligung in Brügge sogar bei 98,5%. Von den 321 Wählern entschieden sich jetzt sogar 244 bzw. 76% für Adolf Hitler. Im Kreis Bordesholm konnte Hitler diesmal mit 54,7% auch eine Mehrheit für sich verbuchen. Von Hindenburg brachte es in Brügge nur auf 73 Fürsprecher, das waren 22,7%. Das örtliche Ergebnis stand bei dieser Wahl noch im krassen Gegensatz zur allgemeinen Stimmung der Deutschen: 53% gaben Paul von Hindenburg ihre Stimme, obwohl er nicht die geeignete Persönlichkeit war, um die entscheidenden Impulse zur Überwindung der großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme geben zu können.

Der Wunsch der Brügger Bürger nach einer Machtübernahme durch den Führer der NSDAP war also im April noch nicht realisiert worden. Doch es gab weitere Gelegenheiten um dieses Ziel zu erreichen, denn 1932 war ein „Superwahljahr“. Am 24. April wurde man erneut an die Wahlurnen gerufen. Es galt einen neuen Landtag für Preußen zu wählen. Das Abstimmungsergebnis für Brügge liegt uns zwar nicht vor, aber die hiesigen Wähler werden mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben, dass die NSDAP innerhalb des Preußischen Landtags zur stärksten Fraktion aufgestiegen war. Am selben Tag gelang der Partei ein derartiger Erfolg auch im Stadtstaat Hamburg sowie in den Ländern Anhalt und Württemberg. Weitere Länderparlamente wurden in kurzer Zeit von den Nationalsozialisten erobert und Reichspräsident von Hindenburg sah sich deshalb am 4. Juni genötigt, den Reichstag aufzulösen. In der entsprechenden Verordnung hieß es offiziell, dass die Zusammensetzung des Reichstages aufgrund der jüngsten politischen Entwicklung in Deutschland „dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht“.^[xlii] Als Termin für die Neuwahl war der 31. Juli verkündet worden.

Für den Wahlkampf hatte sich die hiesige NSDAP etwas Besonderes einfallen lassen: einen „Propagandamarsch des Sturmbanns“ Neumünster und der umliegenden Ortschaften. Es handelte sich um einen sonntäglichen 50-Kilometermarsch, der „von Neumünster über die Harrien - Wattenbek - Brügge - Großbuchwald - Bordesholm - Mühbrook“ zurück nach Neumünster führte. An der Spitze des Zuges marschierte ein NS-Spielmannszug, „bestehend aus einem Trommler- und Pfeiferkorps.“^[xliii] Inwieweit diese Aktion zum überaus guten Abschneiden der Nationalsozialisten in Brügge und andernorts beigetragen hat, sei dahingestellt. Jedenfalls erhielt die NSDAP hier nach 1930 zum zweiten Mal die meisten Stimmen. 243 von 314 Wählern votierten für diese Partei, also 77,4%. Reichsweit gelang es den Nationalsozialisten zum ersten Mal, die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag zu bilden und die SPD in dieser Hinsicht abzulösen. Von der absoluten Mehrheit waren sie allerdings mit einem Anteil von 37,3% aller abgegebenen Stimmen noch etwas entfernt.

Der mehrheitliche Wählerwille war somit auf Reichsebene nur schwer feststellbar. Für die hiesige Gegend war es dagegen kein Problem, darüber eine eindeutige Aussage zu machen: Bothkamp (89,7% NSDAP), Schmalstede (85,4%), Sören (83,3%), Rumohr (83,2%), Großharrie (79,1%), Techelsdorf (78,1%) und Kreis Bordesholm (56,6%). Reichspräsident von Hindenburg konnte sich allerdings noch nicht entschließen, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Er hielt an dem rechtskonservativen Franz von Papen fest, den er bereits am 31. Mai mit diesem wichtigen Amt betraut hatte. Von Papen war kein Freund der Republik und des demokratischen Staatswesens. Er verkündete deshalb auch unmittelbar nach der Reichstagswahl, dass er sich nicht um die Bildung einer Koalition der im Parlament vertretenen Parteien bemühen wolle. Sein Bestreben war es, weiterhin mit Hilfe des Reichspräsidenten und dem Notstandsartikel 48 der Verfassung ein autoritäres, halbdiktatorisches Staatssystem durchzusetzen. Der Reichstag hatte dem Reichskanzler von Papen deshalb bereits in seiner konstituierenden Sitzung eindrucksvoll mit 512 zu 42 Stimmen das Misstrauen ausgesprochen.

Die politische Situation war sehr verworren: Im Reichstag besaßen die NSDAP und die KPD eine „negative“ Mehrheit, d.h. sie verfügten zusammen

über 51% der Abgeordnetensitze. Im April waren u.a. die SA und die SS als militärisch organisierte Kampf- und Schutztruppen der NSDAP verboten worden. Dieses Verbot wurde auf Weisung Franz von Papens im Juni wieder aufgehoben, obwohl in der damaligen politischen Auseinandersetzung täglich mehrere Tote in Deutschland zu verzeichnen waren. Derselbe hatte es auch zu verantworten, dass am 20. Juli im sogenannten „Preußenschlag“ die sozialdemokratische Regierung in Preußen abgesetzt wurde. Die politische Macht in diesem Lande ging ganz auf den Reichskanzler über, denn der Reichspräsident ernannte Franz von Papen zusätzlich zum Reichskommissar für Preußen. Es war somit nicht verwunderlich, dass der gerade erst gewählte Reichstag im September schon wieder aufgelöst und Neuwahlen für den 6. November 1932 ausgeschrieben wurden.

Vor dem Hintergrund dieser ausgeprägten politischen Orientierungslosigkeit erscheint der (auch von Pastor Geist beobachtete) große Zulauf zu den NS-Jugendorganisationen einigermaßen verständlich. Der Holsteinische Courier berichtete diesbezüglich am 29. August 1932: „Der letzte Heimatabend der Hitler-Jugend war wieder stark besucht, ein Zeichen, dass die strenge Zucht den Jungens gut gefällt. Vom Gefolgschaftsführer [Gustav] Marxen wurde bekannt gegeben, dass die Schar 149, Standort Bordsesholm, geteilt worden ist. Schar 149 bleibt in Bordsesholm, Schar 150 kommt nach Brügge. Ebenfalls wurde das Jungvolk getrennt und verteilt auf die Standorte Bordsesholm und Groß Buchwald. Dann hörten die Jungen einen Vortrag über das Thema 'Das Judentum vor Christi Geburt'. Zwischendurch wurden frische Lieder gesungen.“

Der Monat Oktober stand wiederum ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Die Ortsgruppe Brügge der NSDAP hielt eine öffentliche Versammlung ab, in der ein Herr Schröder aus Boostedt zum Thema „Nationalsozialismus und Gewerkschaften“ sprach. Der „Redner bezeichnete es als eine Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet würde, der Nationalsozialismus wolle die Gewerkschaften beseitigen“. Ganz im Gegenteil wolle man die Gewerkschaften „noch weiter ausbauen“ und ringe dabei ganz intensiv „um die Seele des Arbeiters“. Das große Ziel sei „die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft“ und deshalb sei es notwendig, den von der SPD geführten „unfruchtbaren Klassenkampf“ und die „internationalen

Bindungen“ der Gewerkschaften zu beseitigen. Die Ausführungen des Vortragenden „fanden großen Beifall“.[\[xliv\]](#) Sieben Monate später, am 2. Mai 1933, wurden in ganz Deutschland die Häuser der Gewerkschaften von SA und SS-Verbänden besetzt. Das Gewerkschaftsvermögen wurde beschlagnahmt und zahlreiche Gewerkschafter in „Schutzhaft“ genommen.

In Neumünster bestand wiederholt Gelegenheit, sich noch intensiver mit den Ideen der Nationalsozialisten auseinanderzusetzen: Am Freitag, dem 28. Oktober, sollte Adolf Hitler höchstpersönlich um 16 Uhr in einem großen Zelt auf dem Turnierplatz des Reitervereins am Stadtpark eine Rede halten. Für einen nummerierten Sitzplatz waren 3,-RM Eintritt zu zahlen. Entsprechende Karten waren auch im Vorverkauf erhältlich.[\[xlv\]](#) Doch die Veranstaltung musste kurzfristig abgesagt werden, weil ein starker Sturm das Zelt beschädigt hatte. Dafür war zwei Tage später der Sohn Kaiser Wilhelms II., Prinz August-Wilhelm, im „Tivoli“ in Neumünster mit einem Redebeitrag zu hören.[\[xlvi\]](#) Der Prinz hatte sich den Nationalsozialisten angeschlossen und unterstützte vehement ihren Wahlkampf. Anlässlich des im Frühjahr 1932 ausgesprochenen Verbots von militärisch organisierten Kampf- und Schutztruppen der Parteien hatte August-Wilhelm dagegen protestiert, dass „das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und das dort eine wertvolle Erziehung genießt, zerschlagen“ werden soll. Er empfahl damals eine umgehende Aufhebung des Verbots.[\[xlvii\]](#)

Hitler= Kundgebung

am Freitag
in Neumünster

Turnierplatz des Reitervereins (am Stadtpark)

ab 13 Uhr SA-Musikzug 163

15—16 Uhr spricht Pg. Eitmann, M. d. L.

Ab 16 Uhr spricht der Führer Adolf Hitler

Zuverbindungen ab 18 Uhr nach allen Richtungen.

Parkplätze: Personenzugang: Marktstraße.

Personenwagen: Jugendspielfeld Färberstraße.

Lastwagen und Omnibusse: besondere Parkplätze.

Eintrittspreise: Sitzplätze numeriert 3.— *RM*, unnumeriert 1.50 *RM*; Stehplätze 1.— und 0.60 *RM*. Rentner und Schwerkriegsbeschädigte freie num. Sitzplätze im Vorverkauf gegen Ausweis in der Geschäftsstelle der NSDAP., Johannisstraße 1.

Die groß angekündigte Kundgebung in Neumünster am 28. Oktober 1932, auf der Adolf Hitler sprechen sollte, mußte ausfallen. Ein Sturm hatte das Festzelt schwer beschädigt. Quelle: HC vom 26.10.1932.

Am Sonntag, dem 6. November 1932, war wieder Wahltag. Im Gegensatz zur Reichstagswahl im Juli waren nur noch 295 Brügger Bürger bereit, an

der Wahl teilzunehmen. 210 von ihnen wählten die NSDAP, das waren 33 weniger und entsprach „nur noch“ einem Anteil von 71,2%. Dieser Trend konnte reichsweit auch beobachtet werden, allerdings auf einem wesentlich geringeren Niveau: Die Nationalsozialisten mussten Stimmeneinbußen hinnehmen und kamen jetzt auf einen Stimmenanteil von 33,1%. Die Sozialdemokraten hatten von dieser Entwicklung nicht profitieren können. Ihr Stimmenanteil war gegenüber den Juli-Wahlen noch einmal gesunken, und zwar auf 20,4%. In Brügge war es der SPD dagegen gelungen, ehemalige Wähler zurückzugewinnen: Im Juli hatte die Partei nur 55 Stimmen bekommen, im November waren es aber wieder 65. Das entsprach dem durchschnittlichen Wählerpotential, das die SPD in Brügge besaß. Die meisten Stimmen hatten die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928 erhalten, damals waren sie von 73 Brügger Bürgern gewählt worden. Die Reichstagswahlen vom November 1932 hatten wiederum nicht zur Klärung der verworrenen politischen Verhältnisse in Deutschland beigetragen. Die demokratischen Parteien besaßen keine Mehrheit. Die NSDAP war stärkste Fraktion geblieben und zusammen mit der KPD war man weiterhin im Besitz einer negativen Mehrheit im Parlament.

Die meisten Einwohner Brügges werden diese Situation nicht als besonders bedrohlich empfunden haben. Es war ja nur noch eine Frage der Zeit, wann die politische Macht in die Hände der Nationalsozialisten übergehen würde. Deshalb rüstete man sich in aller Ruhe für das bevorstehende Weihnachtsfest. Die Ortsgruppe der NSDAP und die NS-Frauenschaft veranstalteten in Stoltenbergs Gastwirtschaft eine Weihnachtsfeier: „Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt“ und „erfüllt von Weihnachtsstimmung, die von fleißigen Frauenhänden hervorgezaubert war.“^[xlvi] Ortsgruppenleiter Otto Reimers begrüßte die Anwesenden und dann führte die Großflintbeker Hitlerjugend das Bühnenstück „Germanias Weihnachtsparade“ auf. Das Stück verfolgte „den Zweck, der Jugend das Gefühl der Kameradschaft, sowie die Liebe zum Wehrsport und zum Vaterland einzuimpfen“. Den Hauptteil der Veranstaltung bildete jedoch der Vortrag des Kreisgeschäftsführers der NSDAP Krüger aus Preetz, der in „fesselnden“ Worten die Bedeutung des Weihnachtsfestes „als Fest der Nächstenliebe, der Zusammengehörigkeit und der sinnigen Einkehr“ hervorhob und „sich dann mit der großen Not des deutschen Volkes und den Mitteln zu seiner Überwindung beschäftigte“.

Außer der NS-Frauenschaft, die offiziell erst Anfang Januar 1933 als Ortsgruppe gegründet wurde, gab es in Brügge seit langem den Frauenverein des Deutschen Roten Kreuzes. Dieser stand unter der Leitung von Pastor Geist, der Anfang Dezember 1932 in der Generalversammlung den Antrag stellte, den Verein in Vaterländischer Frauenverein umzubenennen. Im Beisein der beiden Vorsitzenden des Kreisverbandes der Vaterländischen Frauenvereine im Deutschen Roten Kreuz, Gräfin Baudissin und der Gattin des Plöner Landrats Kiepert, wurde der Antrag einstimmig angenommen.^[xlix] Der Verein hatte rund 180 Mitglieder und war für die Arbeit der örtlichen Schwesternstation zuständig. Außerdem veranstaltete man jedes Jahr den „Weihnachtskaffee für die Alten“, so auch am Ende des politisch sehr turbulenten Jahres 1932.^[li]

Der „grandiose Neuanfang“ (1933)

Eigentlich hatte das Jahr ganz harmlos begonnen: Ein weiterer Frauenverein war in Erscheinung getreten. Der Vaterländische Frauenverein hatte durch die neu gegründete Ortsgruppe Brügge der NS-Frauenschaft Konkurrenz bekommen. In Dierks Gasthof hatten sich um die Mitte des Monats Januar „26 Frauen und Mädchen eingefunden, die mit ihren verschiedenen Handarbeiten an langer Tafel ein harmonisches Ganze[s] bildeten“. Die Anwesenden wurden vom stellvertretenden Ortsgruppenleiter der NSDAP Ludwig Kolbe (wohnhaft Mühlenberg 4) begrüßt und Frau Lilly Doose (Bordesholm) informierte über Grundsätze, Zweck und Ziele der NS-Frauenschaft: „Das Rote Hakenkreuz soll sich nicht nur im Aufgabenkreis einer Vereinigung von Schwestern erschöpfen, sondern es wird neben allgemeiner Wohltätigkeit und Nächstenliebe auch soziale Aufbauarbeit im weitesten Sinne“ geleistet. Die Veranstaltung wurde mit dem gemeinsam gesungenen „Schwurlied“ der NS-Frauenschaft beendet.^[li]

Die alljährliche Veranstaltung des Militärvereins zur Feier der Gründung des Deutschen Reiches begann mit einem von Willrodt jun. vorgetragenen

Vorspruch: „Zum 18. Januar“. Lehrer Frandsen begrüßte (auch als Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes) die Anwesenden und erläuterte noch einmal die Bedeutung der Ereignisse von 1870/71. Dabei machte er deutlich, „wie ein geeintes Volk unter einem starken Führer stets Gewaltiges leistet“. Seine Ausführungen beschloss er mit dem „Wunsch, daß unser Volk sich wieder unter einer kraftvollen Führerpersönlichkeit zu einer machtvollen Einheit hindurchringen möge“. Im weiteren Veranstaltungsverlauf wurden von jungen Damen Gedichte vorgetragen: „Glaub an dich selbst!“, „An die deutsche Frau“ und „Bismarck, wann kommst du wieder?“ Schließlich hat dann auch noch der Schmiede- und Fechtmeister Christian Hingst „in gereimten Worten für die Kriegerwaisen gesprochen und einen namhaften Betrag zum Besten der Kriegerwaisenhäuser“ gesammelt.[\[lii\]](#)

Der von Lehrer Frandsen wohl im Namen fast aller Anwesenden ausgesprochene Wunsch ging knapp eine Woche später in Erfüllung: Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg (nach langem Zögern und aufgrund der Einflussnahme von obskuren Beratern) den Führer der NSDAP gemäß Artikel 53 der Weimarer Verfassung zum neuen Reichskanzler. Es handelte sich also weniger um eine „Machtübernahme“, sondern eher um eine „Machtübergabe“. Der über achtzigjährige Hindenburg hätte auch weiterhin gegenüber Hitler an seiner Verweigerungshaltung festhalten können. Dann wäre dem deutschen Volk vielleicht das dunkelste Kapitel seiner Geschichte erspart geblieben. Pastor Geist bewertete den damaligen Vorgang allerdings ganz anders: „Das deutsche Volk stand gänzlich unter dem gewaltigen Eindruck der großen politischen Ereignisse. Auch die evangelischen Gemeinden begrüßten freudig und von Herzen die Machtübernahme durch Adolf Hitler und seine Mitkämpfer. Drohte noch vor kurzem der Bolschewismus in Deutschland immer mehr Boden unter den Arbeitern zu gewinnen, jetzt ist das Gottlosentum zu Boden geworfen! Bei diesem grandiosen Neuanfang wurde der Ruf der Kirche auch freudig aufgenommen.“[\[liii\]](#)

Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung bestand darin, den Reichspräsidenten (mit einer fadenscheinigen Begründung) dazu zu bewegen, den im November 1932 gerade erst neu gewählten Reichstag aufzu-

lösen und Neuwahlen auszuschreiben. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag am 5.März war es dann das erklärte Ziel der Nationalsozialisten, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen und sich damit die Zustimmung der Deutschen zur Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers zu sichern. Dieses Ziel konnte nur mit Hilfe der DNVP (8%) erreicht werden, da die NSDAP alleine nur auf 43,9% der Stimmen kam. In Schleswig-Holstein war die Zielsetzung dagegen ohne Schwierigkeiten realisiert worden: die NSDAP erhielt 53,3%. Von den 303 Wählern in Brügge machten 239 ihr Kreuz bei der NSDAP; das waren 78,9% der abgegebenen Stimmen und bedeutete eine nochmalige Steigerung um fast 8 Prozentpunkte gegenüber dem Ergebnis vom November 1932.

Die SPD erhielt reichsweit mit 18,3% den zweitgrößten Stimmenanteil und das, obwohl sie zu denjenigen Parteien gehörte, die im Wahlkampf von staatlichen Institutionen und nationalsozialistischen Organisationen massiv behindert und bedroht wurde. Der (alsbaldige) Propagandaminister Goebbels notierte am 11.Februar in seinen Tagebuchaufzeichnungen: „Ich tobe mich in Plakaten und Leitartikeln gegen die Sozialdemokratie aus.“ Die Brügger Bürger haben die einschneidende Gefährdung der Demokratie durch die zahlreichen NS-Propagandamaßnahmen nicht erkannt oder konnten sie nicht erkennen, da die Demokratie für sie noch kein Wert an sich war: Die Sozialdemokraten fanden hier am Ort nur noch 44 Sympathisanten und erreichten mit 14,5% ein noch geringeres Ergebnis als auf Reichsebene. Im November 1932 hatten noch 65 Brügger Bürger die SPD gewählt.

Die KPD war diejenige Partei, die am stärksten von den undemokratischen Wahlkampfmethoden der Nationalsozialisten betroffen war. Bereits am 2.Februar waren in einigen Ländern des Deutschen Reiches „Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge der kommunistischen Parteien ... bis auf weiteres“ verboten worden. Der Brand des Reichstagsgebäudes am 28.Februar lieferte den staatlichen und parteiamtlichen Stellen den willkommenen Vorwand um „die Kommunisten“ dafür verantwortlich zu machen. Mehrere Tausend Mitglieder und Sympathisanten der KPD wurden verhaftet, darunter in erster Linie die gewählten Abgeordneten der Partei auf allen Ebenen des Reiches. Unter diesen Umständen war es einigermaßen

ßen verwunderlich, dass die KPD überhaupt noch zur Reichstagswahl zugelassen wurde. Sie erhielt sogar 12,3% der Stimmen und damit 81 Sitze im neuen Parlament. In Brügge sind es nur noch 4 Bürger gewesen, die für die KPD gestimmt haben. Das waren 3 weniger als noch im November 1932.

Obwohl die Zustimmung der Brügger Wähler zur nationalsozialistischen Regierungsprogrammatik schon überdurchschnittlich hoch war, belegt ein Blick in die umliegenden Dörfer, dass die Erwartungen andernorts noch wesentlich ausgeprägter waren: In Bothkamp erhielt die NSDAP 90,3% der abgegebenen Stimmen, in Schmalstede 82,5% und in Techelsdorf 79,2%. Erstaunlich gering war der Anteil der NSDAP mit 58,8% in Bissee. Hier wurde stattdessen die DNVP recht häufig gewählt.[\[liv\]](#)

Wie dem auch sei, im März des Jahres 1933 befanden sich viele Brügger Bürger in Siegeslaune und waren sich sicher, dass die Regierungsweise der Nationalsozialisten sich dauerhaft gegenüber der demokratischen (aber erfolglosen) Weimarer Republik durchgesetzt habe. Um diese Ansicht zu dokumentieren, wurde am 10.März eine öffentliche Fahnenverbrennung organisiert: „Unter größter Teilnahme der Bevölkerung wurden auf den Dorfplätzen in Großbuchwald und Brügge die Fahnen des bisherigen Systems, die sich im Besitz der Gemeinde und Schule befanden, verbrannt. Von Vertretern der NSDAP und des Stahlhelm wurden dazu patriotische Ansprachen gehalten.“[\[lv\]](#)

Anfang Februar war nicht nur der Reichstag aufgelöst worden; das gleiche Schicksal ereilte u.a. auch die Länderparlamente und die Gemeindevertretungen. Deshalb waren in Preußen für den 12.März Kommunalwahlen angesetzt worden. In Brügge hatten die Wähler die Möglichkeit, zwischen der Liste „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)“ und einer SPD-Liste zu wählen. Für die NSDAP traten als Listenkandidaten an: Fritz Schwarze (Tischler), Ernst Willrodt (Bauer), Hans Kobrock (Arbeiter), Johannes Stoltenberg (Gastwirt), Heinrich Schmidt (Bauer), Gustav Deichmann (Maurer), Rudolf Gnutzmann (Bauer), August Riecken (Schuhmachermeister), Otto Reimers (Bauer), Christian Hingst (Schmied), Hermann Stölting (Arbeiter). Diese elf Herren

hatten zum damaligen Zeitpunkt ein Durchschnittsalter von 46,3 Jahren. Für die SPD kandidierten: Albert Rasum (Maurer), Richard Bröse (Schneider), Carl Stühmer (Arbeiter), Claus Heesch (Arbeiter), Richard Stölting (Arbeiter) und Arthur Seidel (Arbeiter, Uhrmacher). Diese sechs Kandidaten waren im Durchschnitt fast 4 Jahre älter als ihre Kontrahenten.^[lvi]

Die Altersstruktur ist vielleicht mitentscheidend gewesen für den Ausgang der Kommunalwahl in Brügge. Wir kennen zwar die Namen der elf neu gewählten Gemeindevertreter, aber nicht das genaue Wahlergebnis. Dieses lässt sich jedoch ziemlich zuverlässig aus dem Ergebnis der gleichzeitig stattgefunden Wahlen zum Kreistag des Kreises Plön ableiten: Am 12. März haben von 295 Brügger Wählern 235 NSDAP gewählt. Die DNVP erhielt 15 Stimmen, die SPD 43 und die KPD 2.^[lvii] Da für die Neuwahl der Gemeindevertretung nur zwei Listen zur Auswahl standen, ist anzunehmen, dass die NSDAP hier zusätzlich die Stimmen der DNVP bekommen hat, also 250 Stimmen. Und die SPD wird höchstwahrscheinlich die beiden Stimmen für die KPD erhalten haben und somit noch auf 45 Wählerstimmen gekommen sein. Wird nun auf dieses Ergebnis das sogenannte Höchstzahlverfahren angewandt, so ergibt sich folgende Sitzverteilung für die neue Brügger Gemeindevertretung: Von den elf zu vergebenden Sitzen erhielt die SPD den sechsten, alle übrigen gingen an die NSDAP. Damit war von Seiten der SPD lediglich Albert Rasum noch Gemeindevertreter geworden. Von der umfangreichen Liste der NSDAP war lediglich Hermann Stölting nicht mehr ins Gemeindeparlament eingezogen.

Die Nationalsozialisten hatten fast 80% der Stimmen bekommen und befanden sich weiterhin im Siegestaumel. Sie veranstalteten zusammen mit den Groß Buchwaldern einen Fackelzug „aus Anlass der nationalen Erneuerung“. Die Groß Buchwalder kamen zuerst nach Brügge und gemeinsam marschierte man dann nach Groß Buchwald zurück. „Fast sämtliche Häuser waren festlich erleuchtet und hatten Flaggenschmuck angelegt. An dem Ehrenmal wurden Ansprachen gehalten. Die Schuljugend beteiligte sich geschlossen an dem Umzug.“^[lviii] Die Formulierung „nationale Erneuerung“ bedeutete nichts anderes als „endgültige Beseitigung demokratischer Strukturen“: Am 23./24. März war Adolf Hitler (unter gewalttätigen

Rahmenbedingungen) von den verbliebenen Reichstagsabgeordneten dazu „ermächtigt“ worden, als Reichskanzler auch legislative Rechte auszuüben. Der Reichstag als oberstes Organ der Legislative hatte sich selbst entmachtet und die Grundvoraussetzung für ein demokratisches Staatswesen, die Teilung der drei Staatsgewalten, war endgültig beseitigt worden. Dieses Ereignis ist damals (nicht nur) in Brügge und Groß Buchwald gefeiert worden.

Es muss zumindest einen Brügger Bürger gegeben haben, der mit der damaligen politischen Entwicklung nicht einverstanden war, denn dem Dorfschmied Christian Hingst wurde anlässlich des Fackelumzuges eine Hakenkreuzfahne entwendet: „Der Täter wurde bald von der Landjägerei ausfindig gemacht und ins Kittchen geliefert. Dieselbe Tat soll der Betreffende einige Tage früher bei einem anderen Einwohner“ auch schon einmal begangen haben.[\[lix\]](#)

Die Gemeindevertretung ist offensichtlich erst in der Sitzung am 28.März neu konstituiert worden. (Leider gibt das Protokollbuch hierüber keine genauere Auskunft.) Der langjährige Bürgermeister Hinrich Reimers wird die 10 Gemeindevertreter der NSDAP und Albert Rasum für die SPD verpflichtet und per Handschlag in ihr Amt eingeführt haben. Für Albert Rasum muss das eine ganz besondere Situation gewesen sein, denn die Nationalsozialisten hatten wiederholt öffentlich geäußert, dass „der Marxismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ werden sollte. Und damit war nicht nur die KPD sondern auch die Sozialdemokratie gemeint. Bereits am 8.März war den gewählten Abgeordneten der Kommunistischen Partei im Deutschen Reichstag offiziell das Mandat aberkannt worden. Im nahegelegenen Kiel war das Rathaus am 11.März von Angehörigen der SA, der SS und des „Stahlhelm“ gestürmt worden. Der Oberbürgermeister und die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder wurden für abgesetzt erklärt und ihre Ämter von Nationalsozialisten übernommen. Zur konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach den Kommunalwahlen waren „aufgrund des Terrors der Nationalsozialisten nur 11 der 20 gewählten Sozialdemokraten“ erschienen.[\[lx\]](#)

Am 28. März 1933 war man in Brügge aber auch zusammengekommen, um die Neuwahl eines Gemeindevorstehers vorzunehmen. Die Wahl wurde vom alten Amtsinhaber Hinrich Reimers geleitet, der offensichtlich noch nicht bereit war, auf dieses Amt zu verzichten. Er kandidierte erneut, obwohl er bereits 73 Jahre alt war und das Amt (mit einer kurzen Unterbrechung von 2 Jahren) seit 1908 inne hatte. [lxi] Im ersten Wahlgang standen sich drei Kandidaten gegenüber: Ernst Willrodt erhielt 4 Stimmen, Johannes Stoltenberg 3 und Hinrich Reimers 2. Letzterer hatte die Zeichen der Zeit anscheinend nicht mehr richtig gedeutet und musste mehr oder weniger aus dem Amt gedrängt werden. Im zweiten Wahlgang erhielt der 51-jährige Ernst Willrodt wieder 4 Stimmen, aber Johannes Stoltenberg 5. Er konnte offensichtlich die beiden Stimmen für Reimers aus dem ersten Wahlgang auf sich vereinigen. Stoltenberg war damals 55 Jahre alt und blieb Bürgermeister in Brügge bis zum Kriegsende 1945. [lxii]

Wir wissen nicht, für wen Albert Rasum seine Stimme abgegeben hat. Aber er muss gespürt haben, dass diese Sitzung der Gemeindevertretung vielleicht die erste und zugleich die letzte war, an der er teilnehmen durfte. Auf Reichs- und Länderebene gab es bereits zum damaligen Zeitpunkt deutliche Bestrebungen, auch den Sozialdemokraten die Mitwirkung in allen parlamentarischen Gremien zu verweigern. Am Ende sollte dann die vollständige Beseitigung der gewählten Institutionen stehen. Für Albert Rasum war diese Sitzung die vorletzte. Am 13. Mai 1933 durfte er noch einmal teilnehmen. Es sollten für zahlreiche Ausschüsse Mitglieder gewählt werden. Rasum hat zwar mitgewählt, ist aber selbst in keine Kommission gewählt worden. [lxiii]

Im Protokoll der Sitzung vom 13. Mai heißt es am Anfang: „Von 11 Mitgliedern sind 9 erschienen.“ Im Protokoll der Sitzung vom 25. Juli wurde dann ohne eine erläuternde Anmerkung formuliert: „Von 10 Mitgliedern sind 10 erschienen.“ Der Sozialdemokrat Rasum gehörte also nicht mehr dazu. Die SPD war bereits am 22. Juni reichsweit verboten worden und Innenminister Frick hatte für diese Maßnahme u.a. folgende amtliche Begründung parat: „Inbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weitem Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen

werden.”^[lxiv] Damit gab man sich aber nicht zufrieden und verhaftete innerhalb kürzester Zeit mehrere Tausend Mitglieder der Partei. Die Vielzahl der verhafteten politischen Gegner machte es zudem notwendig, über die Errichtung von Konzentrationslagern nachzudenken und diese dann auch einzurichten. Es gibt Gerüchte im Ort, die besagen, dass Anhänger der NS-DAP die Fensterscheiben der von Rasum im Jahre 1922 von der Gemeinde Brügge erworbenen Kate (Sandberg ??) eingeworfen haben. Außerdem soll er eines Tages aus seinem Haus geholt und auf dem Marktplatz an einen Baum gebunden worden sein. Rasum war zu diesem Zeitpunkt 61 Jahre alt. Die „eingeworfenen Fensterscheiben” wurden 1950 von Albert Rasum in einem Brief an seinen in der Schweiz lebenden Neffen erwähnt.^[lxv]

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Schleswig-Holstein

Mitglieds-Buch

Name: Rasum

Vorname: Albert

Geb. am: 6. 4. 72 in: Wiepeninhein

Beruf: Maurer

Wohnung: Brügge

Der SPD beigetreten am: 29. 4. 1946

Mitglied vor 1933 von 1922 bis 1933 *)

Bezirk
 Schleswig-Holstein
 Unterbezirk
 IV

W. Rastatus
 (Unterschrift)

Dieses Buch bleibt
 Eigentum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

*) Rubrik entwerfen, wenn Mitgliedschaft vor 1933 nicht bestanden hat.

Das SPD-Mitgliedsbuch von Albert Rasum, der 1933 nur für kurze Zeit als Mitglied der Brügger Gemeindevertretung geduldet wurde. Dieses Mitgliedsbuch wurde ihm aber erst 1952 ausgestellt. Quelle: Privatbesitz Wilhelm Bülck, Brügge.

Das bisherige Mitwirken Rasums hatte aber noch ein Nachspiel. Am 19. August 1933 trafen sich die in der Gemeindevertretung verbliebenen Nationalsozialisten, um den Tagesordnungspunkt „Nochmalige Wahl des Gemeindevorstehers“ abzuarbeiten. Diese war anscheinend deshalb notwendig geworden, weil am 28. März jemand mitgewählt hatte, der in den Augen der Nationalsozialisten nicht den eigentlichen „Volkswillen“ repräsentierte. Auf die langwierige Prozedur des demokratischen Wählens wurde der Einfachheit halber gleich ganz verzichtet. Im Protokollbuch heißt es dazu: „Auf Vorschlag des Fraktionsführers [der NSDAP] Otto Reimers erfolgte die Wahl des Gemeindevorstehers, Gastwirts Johannes Stoltenberg, durch Zuruf mit Einstimmigkeit. Da keine Widersprüche erhoben worden [sind], wurde die Wahlhandlung geschlossen.“[\[lxvi\]](#)

1933 war aber nicht nur das Jahr der politischen Gleichschaltung. Auch im kirchlichen Bereich wurden in diesem Sinne Veränderungen vorgenommen. Am 24. Juni erfolgte die Auflösung der Kirchenvorstände und der Kirchenvertretungen. Neuwahlen wurden ausgeschrieben, um die zwischen der nationalsozialistischen Staatsführung und der Evangelischen Kirche Deutschlands vereinbarte neue Kirchenverfassung bestätigen zu lassen. Die Durchführung der Wahlen am 23. Juli gestaltete sich auch hier ganz einfach, denn „es war nur ein Wahlvorschlag 'Deutsche Christen' eingegangen“, schrieb Pastor Geist in der Kirchenchronik. Die Wahlberechtigten hatten also nur die Möglichkeit die Liste der „Deutschen Christen“ anzukreuzen oder abzulehnen. Für Brügge gelangten auf diese Weise 5 Herren in die Kirchenvertretung: August Riecken (Schuhmachermeister), Sophus Frandsen (Lehrer und Organist), J.A. Plambeck (Mühlenbesitzer), Ernst Matzen (Oberpostschaffner) und Hinrich Heimann (Landmann in Brüggerholz). Insgesamt umfasste die Kirchenvertretung zusammen mit Pastor Geist 17 Personen. Diese wählten aus ihren Reihen die vier Kirchenältesten: August Riecken (für Brügge), Walther Doose (für Groß Buchwald), Hans Stocks (für Bisse) und Joachim Plambeck (für Techeldorf). Am

Sonntag, dem 30.Juli, fand der Einführungsgottesdienst für die neu „gewählten“ Kirchenvertreter statt. Sie waren „zum größten Teil im Braunhemd und daneben in Stahlhelmuniform und die älteren Herren im schwarzen Festanzug erschienen.“[\[lxvii\]](#)

Der Kirchenvorstand notierte in seinen Aufzeichnungen: „Sämtliche Kirchenälteste und Kirchenvertreter gehören der Glaubensbewegung Deutsche Christen an.“[\[lxviii\]](#) Das Brügger Kirchenparlament ist also bereits im Juli gleichgeschaltet worden, für Schleswig-Holstein erfolgte dies erst im September auf der „Braunen Synode“ in Rendsburg. Bei den „Deutschen Christen“ handelte es sich um eine Neugründung aus dem Jahre 1932. Man verstand sich „als Brückenkopf der NSDAP in der Kirche“, verfolgte u.a. die „Germanisierung des Christentums“, proklamierte ein „arisches Jesusbild“ sowie eine „antisemitische Religiosität“, die in einer „Verklärung und Erhöhung des Führers“ Adolf Hitler gipfelte.[\[lxix\]](#)

Pastor Geist wie so viele andere Amts- und Würdenträger der Evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein verfielen dieser Bewegung. Sie mögen gehofft haben, die bis dahin weitgehend „entkirchlichte“ Bevölkerung durch die Hinwendung zur NSDAP wieder stärker an die Kirche binden zu können. Die anfängliche Entwicklung schien ihnen Recht zu geben und Pastor Geist konnte in der Kirchenchronik notieren: „Bei den großen vaterländischen Gedenktagen ... füllte sich die Kirche bis auf den letzten Platz. Die Uniformen und Fahnen der SA-Leute schmückten unser Gotteshaus. ... Man merkt es deutlich, Volk und Kirche sind eins.“ Mit der Formulierung von „den großen vaterländischen Gedenktagen“ meinte der Brügger Pastor u.a. den gewerkschaftlichen 1.Mai und das kirchliche Erntedankfest, die von staatlicher Seite okkupiert und zu nationalen Feiertagen erklärt worden waren.

Als hilfreicher Mitstreiter erwies sich der neu gewählte Kirchenälteste Walther Doose aus Groß Buchwald. Er wurde „Gemeindeguppenleiter“ der „Deutschen Christen“ und hielt im November 1933 in Brügge einen Vortrag über „Das Wollen der Deutschen Christen“. Seine Ausführungen müssen sehr überzeugend gewesen sein, denn „annähernd 80 Mitglieder der

'Deutschen Christen' erklärten sich zu gemeinsamer Arbeit bereit." Diese Angabe aus der Kirchenchronik wird annähernd durch einen Artikel des Holsteinischen Couriers bestätigt. Hier wird allerdings deutlich, dass Pastor Geist bei seinem Engagement für die „Deutschen Christen“ zeitweise seine eigentliche Kirchenarbeit vernachlässigt hat: „An Stelle der sonst vorgesehenen Bibelstunden“ absolvierte Geist zusammen mit Doose „in den Dörfern des Kirchspiels Brügge einen Werbefeldzug ..., auf Grund dessen etwa 70 Personen der Glaubensbewegung Deutsche Christen beigetreten sind.“[\[lxx\]](#)

Zumindest von den großen kirchlichen Veranstaltungen des Jahres 1933 wissen wir, dass sie zur Agitation im Sinne der „Deutschen Christen“ genutzt wurden. Am 6. August fand die Feier der Goldenen Konfirmation für all diejenigen statt, die vor 50 Jahren oder früher konfirmiert worden waren. Es kamen über 600 Gäste, von denen etliche keinen Sitzplatz in der Kirche fanden. Lehrer Frandsen leitete den Kirchenchor und spielte die Orgel. Pastor Geist hielt die Festpredigt und „fand darin packende Worte der Heimatliebe und der Zusammengehörigkeit“. Hohe kirchliche Würdenträger waren erschienen und zahlreiche Ansprachen wurden gehalten, „wobei auch des Volkskanzlers Adolf Hitler als Erneuerers der Kirche gedacht wurde“.[\[lxxi\]](#) Das Erntedankfest fand am ersten Sonntag im Oktober statt und Pastor Geist hielt wiederum „die Festpredigt, indem er an die Geschehnisse der letzten Zeit, politische und kirchliche, erinnerte und Gott dem Allmächtigen die Ehre gab für all die Gnade, die er den deutschen Bauern und dem deutschen Volk in diesem Jahre hat angedeihen lassen“.[\[lxxii\]](#)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt schien den Nationalsozialisten Recht zu geben. Zum Zeitpunkt der Machtübertragung Ende Januar gab es mehr als 6 Millionen Arbeitslose. Ende November 1933 war diese Zahl auf 3,7 Millionen gesunken. Die volkswirtschaftliche Problematik der umfangreichen staatlichen Bauaufträge und deren fragwürdige Finanzierung interessierten dabei nur wenige Zeitgenossen. In Brüggerholz war es das Kieswerk der Kieler Baufirma Habermann & Guckes, das von dieser Entwicklung profitierte. Im Jahre 1931 war dieser Betrieb noch mehrfach vorübergehend stillgelegt worden, jetzt konnte man „infolge vermehrter Aufträge

Neueinstellungen von Arbeitskräften vornehmen". Die Belegschaft war auf 105 Mann angewachsen und die Arbeit war zumindest bis zum nächsten Frühjahr gesichert.[\[lxxiii\]](#)

Die scheinbar positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung bildete eine günstige Voraussetzung für den Reichskanzler Adolf Hitler und seine Regierung, um am 12. November 1933 von der deutschen Bevölkerung einen eindeutigen Vertrauensbeweis zu erhalten. Dieser sollte in zweifacher Form erfolgen: Es fanden „Neuwahlen“ zum Reichstag statt und gleichzeitig wurde eine Volksabstimmung durchgeführt. Bei den „Wahlen“ gab es allerdings nur noch die Möglichkeit, die „Liste des Führers“ anzukreuzen. In Brügge taten dies 325 von 330 Wahlberechtigten. 5 Wähler waren nicht mit dieser Einheitsliste einverstanden, ihre Stimmen wurden als ungültig gezählt. Die Wahlbeteiligung lag somit bei 100%. Der Volksabstimmung lag folgende Fragestellung zugrunde: „Billigst du, deutscher Mann, und du, deutsche Frau, diese Politik deiner Reichsregierung und bist du bereit, sie als den Ausdruck deiner eigenen Auffassung und deines eigenen Willens zu erklären und dich feierlich zu ihr zu bekennen?“ Von den 330 Brügger Wählern antworteten 328 mit „JA“ und 2 mit „NEIN“. [\[lxxiv\]](#) Eindeutiger konnte der geforderte Vertrauensbeweis kaum ausfallen.



Das Kieswerk der Firma Habermann & Guckes in Reesdorf war der größte Arbeitgeber im Raum Brügge. Quelle: Geschichtsverein für das ehemalige Amt Bordesholm.

Der Monat Dezember stand ganz im Zeichen sozialen Engagements durch mildtätige Veranstaltungen: Der alteingesessene Vaterländische Frauenverein führte in Dierks Gastwirtschaft eine Verlosung und eine amerikanische Versteigerung zugunsten der Brügger Schwesternstation durch. Pastor Geist hielt die Begrüßungsansprache und auch Frau Geist sowie der Kirchenvorstand haben „viel zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen“.[\[lxxv\]](#) Der erst im Februar gegründete, 70 Mitglieder umfassende Sparclub veranstaltete im Rahmen eines gemeinschaftlichen Essens ebenfalls eine amerikanische Versteigerung und stiftete den Erlös von 15 RM dem Winterhilfswerk.[\[lxxvi\]](#) Zugunsten der NS-Volkswohlfahrt fand auf Initiative der Brügger Ortsgruppe der NS-Frauenschaft wiederum in Dierks Gastwirtschaft „eine Adventsfeier mit Kaffee für die Alten“ statt. Der Vaterländische Frauenverein trat als Mitorganisator auf und „Pastor Geist schuf durch eine Ansprache die rechte Weihnachtsstimmung“.[\[lxxvii\]](#)

[i] HC vom 05.12.1925.

[ii] Am 26.01.1919 hatten 97 Brügger bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung für die SPD gestimmt. Aber auch hier waren die meisten Wähler für eine andere Partei: Die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD) erhielt damals in Brügge 112 Stimmen (HC vom 27.01.1919).

[iii] Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933, München 1993, S.324.

[iv] J.Falter, Th.Lindenberger, S.Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S.38.

[v] Winkler, S.322 und S.333.

[vi] Peter Wulf: Revolution, schwache Demokratie und Sieg in der „Nordmark“ – Schleswig-Holstein in der Zeit der Weimarer Republik, in: Lange (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996, S.543.

[vii] Kreisblatt des Kreises Bordesholm (KBB) 1919, S.37 und 1920, S.80.

[viii] HC vom 05.05.1924.

[ix] Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, S.112 ff..

[x] Kirchenchronik Brügge 1923 (KAB Nr.20, S.115f.).

[xi] HC vom 26.01.1926.

[xii] z.B. HC vom 22.11.1926.

[xiii] HC vom 21.07.1927.

[xiv] HC vom 15.06.1928 und 03.06.1929.

[xv] KBB 1929 vom 6. und 22.11.1929.

[xvi] Statistik des Deutschen Reiches, Bd.559, Heft 7, S.13.

[xvii] HC vom 16.11.1929.

[xviii] Winkler, S.378.

[xix] ders., S.381.

[xx] Susanne Kischewski: Der Aufstieg der NSDAP in der Stadt Neumünster und im Landkreis Bordesholm (1918-1933), Kiel 1992, S.351.

[xxi] Overesch/Saal: Die Weimarer Republik - Eine Tageschronik, Augsburg 1992, S.479.

[xxii] zitiert nach Rietzler, S.403 und 405.

[xxiii] Rietzler, S.416.

[xxiv] HC vom 28.03.1931.

[xxv] HC vom 29.12.1920, vom 30.03.1931, vom 02.06.1931 und vom 20.02.1932.

[xxvi] Overesch/Saal, S.531.

[xxvii] ebd., S.534.

[xxviii] HC vom 21.07.1931.

[xxix] Kischewski, S.360ff..

[xxx] HC vom 27.07.1931.

[xxxi] Kischewski, S.354.

[xxxii] Gerhard Hoch: Die Amtszeit des Segeberger Landrats Waldemar von Mohl (1932-1945), Hamburg 2000, S.57f..

[xxxiii] HC vom 26.10.1931.

[xxxiv] HC vom 11.12.1931.

[xxxv] ebd..

[xxxvi] Adressbuch für den Kreis Bordesholm aus dem Jahre 1928.

[xxxvii] HC vom 22.12.1931.

[xxxviii] Vgl. dazu Winkler, S.402 und Overesch/Saal, S.440, 447 und 489.

[xxxix] HC vom 22.01.1932.

[xl] HC vom 29.02.1932.

[xli] HC vom 02.03.1932.

[xlii] Winkler, S.480.

[xliii] HC vom 20.06.1932.

[xliv] HC vom 10.10.1932.

[xlv] HC vom 26.10.1932.

[xlvi] HC vom 29.10.1932.

[xlvii] Overesch/Saal, S.589.

[xlvi] HC vom 20.12.1932.

[xlix] HC vom 05.12.1932.

[l] HC vom 27.12.1932.

[li] HC vom 16.01.1933.

[lii] HC vom 25.01.1933.

[liii] Kirchenchronik Brügge 1933 (KAB Nr.20, S.124).

[liv] Alle örtlichen Wahlergebnisse durch eigene Berechnungen aufgrund der Berichterstattung des Hosteinschen Couriers.

[lv] HC vom 10.03.1933.

[lvi] ebd. und Angaben im Einwohnermelderegister der Gemeinde Brügge.

[lvii] HC vom 13.03.1933.

[lviii] HC vom 24.03.1933.

[lix] HC vom 25.03.1933.

[lx] Kiel im Nationalsozialismus, Materialien und Dokumente, hrsg. vom Arbeitskreis Asche-Prozess, S.18.

[lxi] Hartmut Hildebrandt: Unser Amt Bordscholm-Land, Bordscholm 2000, S.177.

[lxii] LAS Abt.320 Plön, Nr.1951 und Protokoll der Gemeindevertretung vom 28.03.1933.

[lxiii] Protokoll der Gemeindevertretung vom 13.05.1933.

[lxiv] Overesch/Saal: Das III. Reich. 1933-1939. Eine Tageschronik, Augsburg 1991, S.66 (später Overesch/Saal II).

[lxv] 2 Briefe des Neffen vom Februar 1950 im Besitz von Wilhelm Bülck, Brügge.

[lxvi] Protokoll der Gemeindevertretung vom 19.08.1933.

[lxvii] HC vom 31.07.1933.

[lxviii] Tagebuch des Kirchenvorstandes 1933 (KAB Nr.61).

[lxix] Jens Motschmann: Kreuz und Hakenkreuz. Kirchenkampf in Schleswig-Holstein 1933-1945, in: ders. (Hrsg.), Kirche zwischen den Meeren, Steinburger Studien, Bd.2, Heide 1981, S.180f..

[lxx] HC vom 09.12.1933.

[lxxi] HC vom 07.08.1933.

[[lxxii](#)] HC vom 03.10.1933.

[[lxxiii](#)] HC vom 27.11.1933.

[[lxxiv](#)] HC vom 13.11.1933.

[[lxxv](#)] HC vom 12.12.1933.

[[lxxvi](#)] ebd..

[[lxxvii](#)] HC vom 20. und 22.12.1933.